Als erster CDU-Landesvorsitzender hat Niedersachsens Wilfried Hasselmann (Wahlspruch "Macht den rechten Flügel stark") die REP für koalitionsfähig erklärt. Gleichzeitig wandte er sich in einem Interview des NDR am 3o.6.1989 gegen einen Unvereinbarkeitsbeschluß der Union gegenüber den Schönhuber-Faschisten. Nicht Abgrenzung sondern Anbiederung bei den REP sind beim rechten Flügel der Niedersachsen-CDU Trumpf.

2. Ausgabe
Juli 1989
2.- Mark

DER RECHTE RAND

REP und CDU:

Der niedersächsische CDU-Landevorsitzende Hasselmann will auf dem Bremer Bundesparteitag »einen leidenschaftlichen Streit dagegen führen, einen Unvereinbarkeitsbeschluß zu fassen.«

Informationen von und für AntifaschistInnen in Niedersachsen

Inhalt

Impressum
Der Rechte Rand
Rolandstr. 16
3000 Hannover 1
Postscheckkonto
Nr. 4455 86-301
BLZ 250 100 30
Auflage: 3000
Druck: Eigendruck
V.i.s.d.P. Klaus Harbart
Fotos: Stoletzki, Novum

Editorial

Die Wahlen zum EG-Parlament haben die Notwendigkeit einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus, sowie den ideologischen Wegbereitern rassistischen und nationalistischen Gedankenguts bestätigt. In der zweiten Ausgabe des RECHTEN RANDES geht Norbert Kandel den niedersächsischen Schwerpunkten neofaschistischer Wahlerfolge in Vergangenheit und Gegenwart nach. Die niedersächsische CDU hat sich dazu eigene Gedanken gemacht. Eine Zusammenarbeit schien nach Aussagen des niedersächsischen Fraktionsvorsitzenden Jürgen Gansäuer nicht möglich. Doch die Angst vor einem Verlust der Regierungsmehrheit läßt andere Stimmen laut werden. Wilfried Hasselmann will sich die Option auf eine Zusammenarbeit mit den Braunen nicht nehmen lassen. Mit seinem Auftritt beim diesjährigen Schlesiertreffen wird die Frage aufgeworfen, ob er zwecks Stimmenjagd den Parolen der REP hinterherläuft oder seine eigenen schwarz-braunen Zukunftsentwürfe nur ungenierter als bisher in der Öffentlichkeit präsentiert.

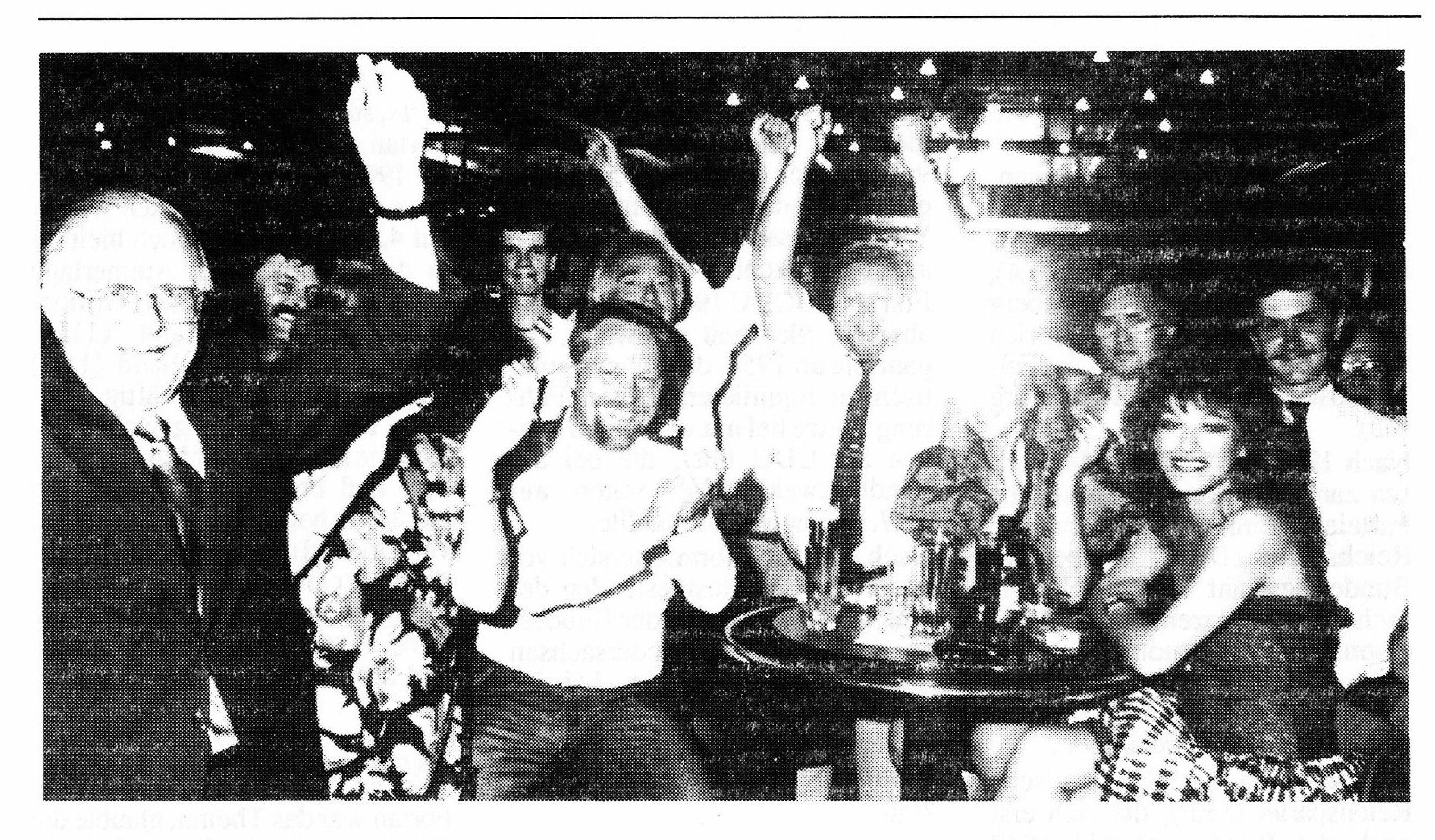
Anhand des Falles Leonhard Schlüter zeigt Rolf Wernstedt, daß in Niedersachsen die Zusammenarbeit konservativer Politiker mit Vertretern neofaschistischer Parteien Tradition hat.

Kein Wunder, angesichts der Schnittmengen neofaschistischer und konservativer Gedanken, auf die Arno Klönne bei seinem Erklärungsansatz für die Wahlerfolge der Neuen Rechten hinweist. Seine Entwürfe für eine antifaschistische Strategie gegen einen wahrscheinlich parlamentarisch längerfristig vertretenen "rechten Fundamentalismus" (Klönne) fordern zu einer Diskussion auch über neue Begrifflichkeiten heraus. Der "Neuen Rechten" versuchen Andreas P. Zaleshoff und Margret Feit das Image des Neuen zu nehmen. Sie zeigen, daß zwar eine Modernisierung in der Formulierung und Erklärung neofaschistischer Politik erfolgt ist, trotzdem aber die Parallelen zum historischen Faschismus und dessen (ideologischen) Steigbügelhaltern nicht zu übersehen sind.

***Ein Wort noch in eigener Sache:** Mit der Herausgabe der Nummer zwei des "Rechten Randes" stellt sich für die Initiatoren die Frage nach weiteren MitarbeiterInnen aus allen Teilen Niedersachsens. Das Einmischen in die Diskussion um eine aktuelle antifaschistische Strategie, sowie die Zulieferung von Informationen, Berichten und Artikeln sind für die Weiterexistenz unseres Projektes von zentraler Bedeutung. Ein HerausgeberInnentreffen, auf dem über die Konzeption und die Perspektiven des "Rechten Randes" diskutiert werden kann, ist geplant. InteressentInnen sollten sich bei der Redaktion melden, sie werden dann zu dem Treffen eingeladen.*

Die nächste Ausgabe des "Rechten Randes" erscheint Mitte September. Redaktionsschluß ist der 5.9.1989.

EDITORIAL



REP-Siegesfeier im Leibnizhaus in Hannover am 18.7.89

Norbert Kandel

Hochburgen des Faschismus in Niedersachsen damals - und heute?

Kann sich auch in Niedersachsen eine rechtsradikale Partei parlamentarisch etablieren? Die Ergebnisse der Wahlen zum EG-Parlament lassen eine solche Perspektive als realistisch erscheinen. Sogar eine schwarz-braune Mehrheit ist nicht auszuschließen. Schaffen es die demokratischen Kräfte, die REP bei der Landtagswahl im nächsten Jahr unter fünf Prozent zu halten?

»Niedersachsen«, schwärmte Franz Schönhuber nach dem Wahlerfolg in Berlin, »ist für uns ein besonders günstiger Boden.« Er rechne, posaunte der Mann aus München, mit einem »hohen Ergebnis in der Nähe von zehn Prozent.«

Angesichts der »historischen Erfahrungen und der aktuellen Situation«, fürchtete der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Struck wenige Tage später, sei die Schönhuber-Prognose »nicht unrealistisch«. Gerade sein Wahlkreis, die Region Celle/Uelzen, sei »eine historisch gewachsene Hochburg des Rechtsradikalismus«.

Schon die Nationalsozialisten, hob Struck an, hätten hier vor 1933 über dem Reichsdurchschnitt liegende Wahlergebnisse erzielt. Und bei der Landtagswahl 1967 habe die NPD im Landkreis Uelzen 11,6 Prozent, in Lüchow-Dannenberg 11,6 Prozent, im Landkreis Celle sogar fast 13 Prozent eingeheimst.

Die Einschätzungen der ungleichen Apologeten lief, zumindest bei der Europawahl, (noch) ins Leere. »'REPs' in Niedersachsen abgeblockt«, schlagzeilte die Hannoversche Allgemeine Zeitung über die 4,8 Prozent, vergaß aber die Stimmen für DVU und FAP mitzuzählen, die mit den REP auf ein rechtsextremistisches Wählerpotential von 6,8 Prozent kamen.

Da, wo die Union noch stark ist, aber wo neue, traditionelle sozialdemokratische Wählermilieus fehlen und dort, wo die Union besonders konservativ ist, erzielten die REP in der Regel ihre größten Erfolge. Die stärksten Ergebnisse hatten sie im Landkreis Lüchow-Dannenberg (8), Kreis Celle (7,4), Harburg (6,5), Peine (6,5), Soltau-Fallingbostel (6), Wolfsburg (5,6) und in den Ballungsräumen Hannover-Stadt (6,3) und Hannover-Kreis (6,4). Im sozialdemokratisch geprägten Ostfriesland und im katholischen Emsland rangierten sie nur mit 2,1 Prozent unter ferner liefen.

Zusammen mit der DVU aber kommt das rechtsextremistische Potential vielerorts auf satte Zahlen: Hochburgen sind Lüchow-Dannenberg (10,4), Landkreis und Stadt Hannover (8), Salzgitter (8) und Peine (7,9).

Wenn auch der Durchbruch der REP nicht mit den Erfolgen der NPD vor 20 Jahren vergleichbar ist und nicht die offen faschistische DVU das Rennen machte, der Bodensatz autoritärer, nationalistischer und rassistischer Einstellungen bleibt bestehen. Wenn auch ehemalige NPD-Funktionäre mitmischen und ideologische Spezialbetreuung leisten, besteht das Wählerreservoir der REP meist aus jüngeren Leuten, vor allem auch aus sozialpolitischen Protestpotential aus dem Arbeitermilieu

Braune Aktion

Das hat Tradition im Land zwischen Harz und Heide. Schon vor 56 Jahren waren manche Gebiete Niedersachsens, analysierte der hannoversche Politologe Jürgen Seifert, »Hochburgen des Faschismus«. Bei der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933, zwei Monate vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, erhielt die NSDAP in Niedersachsen 44 Pro-

NACH DER EG-WAHL

zent der Wählerstimmen. Das waren stolze 1,3 Millionen Wähler.

Doch wesentlich höhere Stimmanteile erreichte die NSDAP in den Kreisen Ammerland (74,1), Gifhorn (73,8), Wittmund (70,4), Diepholz (69,9), Dannenberg (69,4), Soltau (67,7), Aurich (67,3), Bremervörde (67,2), Fallingbostel (65,1) und Rotenburg (65).

Nach 1945 gab es in Niedersachsen zunächst zwei neonazistische Parteien: Einmal die Deutsche Reichspartei (DRP), die bei der Bundestagswahl 1949 in Niedersachsen 8,1 Prozent holte, 1951 erstmals bei der Landtagswahl antrat, auf 2,2 Prozent zurückfiel, 1955 noch einmal 3,8 Prozent erreichte und dann zerkrümelte.

Zum zweiten die Sozialistische Reichspartei (SRP), die sich erst nach der Bundestagswahl 1949 gründete, 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde und bei der Landtagswahl 1951 elf Prozent sammeln konnte. Stark war sie vor allem in Diepholz (32,9), Lüneburg-Land (29,6), Aurich (29,1), Lüneburg-Stadt (28,3), Bremervörde (28), Rotenburg (27,6), Land Hadeln (27,5) und Norden (25,9).

Die CDU begann in Niedersachsen bei der ersten Landtagswahl 1947 mit bescheidenen 19,9 Prozent, taktierte jedoch geschickt und hatte, spätestens 1976, Stück für Stück alle rechts von ihr stehenden Parteien aufgesogen. Die Deutsche Partei (DP), die sich als »national-konservativ« verstand und den Welfen Heimat bot, heimste 1947 17,9 Prozent ein. Als ein kurzes Zweckbündnis zwischen DP und CDU 1951 scheiterte, kandidierten beide Parteien fortan voneinander getrennt. 1955 durfte die CDU die verstreuten SRP-Wähler einsacken und schob sich auf 26,6 Prozent.

Erst als die CDU 1957 im Bund die absolute Mehrheit gwewann, begann sie ab 1959, die DP systematisch zu liquidieren. Deren Führungsspitze lief mit wehenden Fahnen zur CDU über, die bei der Landtagswahl 1963 schon auf 37,7, Prozent hochschnellte.

Nach und nach formierte sich vor allem aus den Restbeständen der SRP die NPD, die bei der Bundestagswahl 1965 in Niedersachsen mit 2,5 Prozent begann, bei der Landtagswahl 1967 jedoch stabile sieben Prozent erreichte und mit zehn Mandaten in den Landtag einzog.

Rechtsausleger Hasselmann

Da öffnete Wilfried Hasselmann die CDU noch weiter nach rechts. Die CDU müsse »bewußt nationalkonservativ bleiben, damit rechts der CDU kein Raum bleibt«, verkündete er 1967, wurde prompt 1968 zum Landesvorsitzenden der CDU gewählt und deckte, bis heute, die rechte Flanke mit markigen Sprüchen. »In manchen,« lobt der Landwirt aus dem Heidedorf Nienhof den NPD-Führer von Thadden, »hat der Thadden recht.«

Vor allem die »Übernahme wichtiger Parteiämter durch höhere DP-Leute und die Rücksicht auf Wähler der zerfallenden NPD haben die ursprüngliche Struktur der CDU« in Niedersachsen »stark verändert«, stellte Seifert fest.

Fortan ging es mit der NPD bergab. 1969, bei der Bundestagswahl, sank sie in Niedersachsen wieder auf 4,6 Prozent. Dennoch hielt sie in den Wahlkreisen Ammerland (13,5), Bevensen (13,2), Gifhorn (11,5), Lüneburg-Land (11,4), Soltau (11,4), Celle-Land (11,1) und Diepholz (11) kräftig Stellung. Bei der Landtagswahl 1970 kam die NPD nur noch auf 3,2 Prozent und bröckelte weiter. Doch erst 1976, bei der Bundestagswahl, verschwand die eigenständig organisiete Rechte mit 0,3 Prozent der Stimmen von der Bildfläche: die CDU hatte faktisch alle rechten und ultrarechten Wähler aufgesogen.

Nachwuchs für Rechts

Fortan war das Thema, glaubte die CDU, vom Tisch. Weit gefehlt. Je mehr die Rechte offiziell zerkrümelte, desto häufiger bildeten sich Minizirkel, die sich unterschiedlich organsierten und demonstrativ von der CDU mißachtet wurden. Seit Mitte der 70er Jahre stieg die Zahl rechtsextremistischer Jugendorganisationen stark an, die Mitgliederzahlen nahmen zu. Sorgen um den Nachwuchs mußte sich das rechtsextremistische Potential nicht machen.

1981 stellte eine Studie des Saarbrücker Instituts für Sozialforschung dann auch fest, 35 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen seien der Meinung, Demokratie nütze ihnen nichts. Das sozialwissenschaftliche Institut Nowak und Soergel (Sinus) registrierte im gleichen Jahr bei 13 Prozent der Bevölkerung ein »ideologisch ge-

Fortsetzung Seite 6

***Tabelle 1:** Landtagswahlen in Niedersachsen 1947-86 im Vergleich zur Europawahl 1989*

LTW	SPD	CDU	DP	BHE	SRP	DRP	NPD	REP	DVU	FAP
1947	43,4	19,9	17,9							
1951	33,7	23,8		14,9	11,0	2,2				
1955	35,2	26,6	12,4	11,0 (GB)		3,8				
1959	39,5	30,8	12,4	8,3 (GB)		3,6				
1963	44,9	37,7		3,7 (GDP)		1,5				
1967	43,1	41,7					7,0			
1970	46,3	45,7					3,2			
1974	43,1	48,8					0,6			
1978	42,2	48,7					0,4			
1982	36,5	50,7								
1986	42,1	44,3								
1989 (EW)	42,0	35,9						4,8	1,6	0,1

LTW = Landtagswahl, PP = Deutsche Partei, BHE = Block der Heimatvertriebendenen und Entrechteten, DRP = Deutsche Reichpartei, SRP = Sozialistische Reichpartei, NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands, GB = Gesamtdeutscher Block, GDP = Gesamtdeutsche Partei, DVU = Deutsche Volksunion, REP = Republikaner, FAP = Feiheitliche Arbeiterpartei



von links: Werner Rieb, Berndt Tschammer Osten, Helmut Rust, Heinz-Dieter Fehlig, Klaus-Peter Vogel, Thomas Ludowig

Werner Rieb (38), von Beruf Hauptkommissar wurde kürzlich zum Kreisvorsitzenden der »Republikaner« Hannover gewählt. Dem Image einer sauberen Partei könnte allerdings dessen Vergangenheit entgegenstehen: Gegen Rieb soll zur Zeit ein Verfahren wegen Strafvereitelung und Betrug laufen mit der Folge, daß er seit ca. sechs Monaten von seinem Dienst beurlaubt worden ist. Ein festgelegter Gerichtstermin wurde aus bisher unbekannten Gründen abgesagt.

Berndt Tschammer-Osten (47) aus Benthe (Ronnenberg) legte nach 15-jähriger CDU-Mitgliedschaft sein Ortsratsmandat nieder und avancierte bei den REP zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden Hannover-Land. Seine politische Haltung sorgt bereits seit Jahren für Wirbel an der Universität Hannover, wo Tschammer-Osten als Professor für die Ausbildung von Berufsschullehrern im Fach Hauswirtschaft tätig ist.

Heinz-DieterFehlig (38) aus Diekholzen (Hildesheim) verließ die CDU nach 12-jähriger Mitgliedschaft und nimmt sein Kreistagsmandat jetzt für die "Republikaner" wahr. Nachdem er sich bei der CDU vor Jahren vergeblich um die Aufstellung als Bundestagskandidat bemüht hatte, darf er jetzt wenigsten als Vorsitzender eines Kreisverbandes der Republikaner fungieren.

Thomas Ludowig (37) aus Wunstorf ist als stellvertretender Kreisvorsitzender der zweite Polizeibeamte der REP-Hannover-Land. AntifaschistInnen erinnern sich an einen Ludowig, der Anfang der80er Jahre der als Polizeiobermeister im Dienste des politischen Kommissariats eine unrühmliche Rolle im Verfahren gegen die türkischen Antifaschisten H. und G. Öner. spielte. Gute Kontakte pflegte er damals zu den Faschisten des türkischen Idealistenvereins.

Heinz Rudolph. Der CDU-Dissident Heinz-Dieter Fehlig, Kreistagsabgeordneter und Kreisvorsitzender des neu gegründeten REP-Kreisverbandes Hildesheim begrüßte einen Neuzugang als den »Republikaner Nr. 1 in Niedersachsen«. Gemeint war der Landwirt Heinz Rudolph. Diese Klassifizierung ist aufschlußreich, wenn der Lebensweg Rudolphs betrachtet wird. Dieser trat nämlich schon als 18-jähriger in die NSDAP ein. Nach 1945 durchlief er mehrere Parteien, um schließlich 1965 bei der NPD zu landen. Rudolph wurde deren Agrarreferent im Parteivorstand und vertrat bis 1974 die NPD im Niedersächsischen Landtag. Für Heinz-Dieter Fehlig offensichtlich eine ausreichende Qualifikations zum REP Nr. 1 in Niedersachsen!

Fortsetzung von Seite 4

schlossenenes Weltbild« und rund sechs Prozent der Bürger würden »rechtsextremistische Gewalttaten im Grunde billigen«. Beim Drang nach rechts, so die Sinus-Studie, stammten überdurchschnittlich viele Rechtsradikale aus Dörfern zwischen 200 und 5000 Einwohnern, aus Kleinstädten und den Randzonen der Metropolen.
Der Frankfurter Soziologe Klaus Sochatzky, der zur gleichen Zeit die Einstellung Jugendlicher zu rechtsextremistischen Parolen untersuchte, stellte fest, daß jeder vierte der von ihm befragten Schüler rechtsextremen Sprüchen in überwiegenden Umfang zustimme. Sochatzky sah vor allem »Hauptschüler und Auszubildende gefährdet«, Mittelstandsjugendliche »eher auf der ideologischen Ebene« und machte zugleich ein breites Potential noch nicht rechtsextrem Organisierter aus, die aber in »bestimmten Situationen durchaus mobilisierbar« seien.
Der Erziehungswissenschaftler Helmut Fend filterte in einer umfangreichen Schülerbefragung 1983 heraus, daß »ein rechtsextremes Potential kein historisch vorübergehendes und einmaliges Phänomen ohne strukturelle Hintergründe« sei:
• rechtsextreme Jugendliche hätten Eltern, die eher autoritäts- und gehorsamsorientierte Erziehungsleitbilder befürworteten;
• die Parteivererbung in der Familie habe immer noch einen starken Einfluß;
• das Demokratieverständnis und die politische Bildung sei bei Hauptschülern bedeutend geringer;
• die Bedrohung der persönlichen Zukunft stehe weniger im Mittelpunkt als das Einzelkämpfergefühl und soziale Ausschlußerfahrungen;
Dem leisteten vor allem CDU-Ideologen kräftig Vorschub. Mit ihrer streng marktwirtschaftlichen Ausrichtung, die den »Sozialklimbim« rasieren will, soziale Minderheiten ignoriert und Fremdenhaß schürt, propagierten sie modernen Sozialdarwinismus und damit einen Kernbestandteil rechtsextremistischen Denkens: das Prinzip der Auslese bedeutet den Untergang des Schwachen und das Recht des Starken.
Nun ist für die CDU das rechtsextremistische Potential vom Himmel gefallen. Die 7,5 Prozent in Berlin machten die Union zum Hühnerhof. Die niedersächsische CDU reagierte, wie anderswo auch, konfus. Plötzlich wird Hasselmann, der nach zahlreichen Skandalen um Verfassungsschutz und Spielbanken im Herbst letzten Jahres zurücktreten mußte und als längst abgehalftert galt, wieder gebraucht fürs Grobe. Er tourt durch die Ortsvereine, um die Basis mit rechten Sprüchen zu binden und versucht, den politischen Irrationalismus mit irrationalen Mitteln zu bekämpfen.
Als diese Rechnung durch die Hessen-Wahl, wo die CDU den rechten Rand durch ausländerfeindliche Sprüche binden wollte, nicht aufging, schwenkte ein Teil der Niedersachsen-CDU um: Ende April verkündete CDU-Fraktionschef Jürgen Gansäuer auf einer Klausurtagung in Braunlage: »Die CDU ist kein Partner der Isolation, der Intoleranz und des Rückwärtsgangs« und: »Machterhalt ist nicht alles«, forderte er eine kompromißlose Abgrenzung zu den REP.
Ende Mai beteuerte dagegen Innenminister Josef Stock, der Verfassungsschutz werde die REP nicht stören und gab Polizisten einen Freibrief, sich rechtsradikal zu organisieren: »Solange diese Partei nicht verboten ist, kann er im Dienst bleiben.«
Wenige Tage später mußte Stock sich teilweise korrigieren: natürlich würden die REP von Verfassungsschützern überprüft, die Landesregierung wolle das »vielfach menschenverachtende« und »nationalistische Gebaren von Rechtsextremisten mit allen rechtlich gebotenen Mitteln bekämpfen.«
Bei der Europawahl nahmen die REP-Wähler die CDU beim Wort. Dumpf und verschreckt mußte die CDU zusehen, wie die REP die Mehrheitsfähigkeit der Union untergrub. In Niedersachsen wurde es sogar noch als Erfolg bewertet, daß die REP knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde blieben: genügsam freute die Union sich, daß es anderswo noch viel schlimmer ist.
Der Hauptdurchbruch der REP lag
• in der Politik der sozialen Ausgrenzung (Albrecht: »Jetzt müssen wir noch sensibler auf die Probleme der Bürger zugehen.«)
• im Protest gegen das gesamte Parteiensystem (Albrecht: »Die Leute haben unsere Sprache und unsere Politik darzustellen, satt. Die haben die Leerformeln satt. Die haben es satt, daß sie seit 30 Jahren die gleichen Gesichter sehen.«)
• und an den Defiziten konzeptioneller Zukunftsperspektiven (Albrecht: »Unsere Jugend braucht Hoffnung.«)
Die 16,5 Millionen Wahlkampferstattung werden den REP den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur in Niedersachsen erleuchtern. Hasselmann, der im Mai vermeldete, seinen Wahlkreis nach 28 Jahren aufgeben zu wollen und spätestens 1992 Schluß machen will, geht wieder ins Rennen und streitet ungeniert gegen alle, die (noch) vor einer schwarz-braunen Zusammenarbeit zurückschrekken.

Europawahlergebnis 1989 für das Land Niedersachsen (in Auszügen)

Ergebnis	EW 1989		EW 1984		BTW 87		LTW 1986	
Wahlberechtigte	5657160		552423		562804		5588597	
Wähler	3579848		3371899		4782941		4320347	
Wahlbeteiligung		63,3		61,0		85,0		77,3
Ungültige Simmen	32941	0,9	38214	1,1	34796	0,7	27201	0,6
Gültige Simmen	3546907		3333685		4748145		4293146	
CDU	1272188	35,9	1434170	43,0	1969967	41,5	1903559	44,3
SPD	1490605	42,0	1350434	40,5	1967443	41,54	18071157	42,1
Grüne	296656	8,4	274790	8,2	353721	7,4	303308	7,1
FDP	207063	5,8	163550	4,9	419882	8,8	257873	6,0
ÖDP	10130	0,3	10199	0,3	7507	0,2		
Liga	2863	0,1						
CM	4366	0,1						
DKP	5462	0,2					5690	0,1
Öko-Union	6360	0,2					38	0,0
DVU	56999	1,6						
REP	170885	4,8						
FAP	2486	0,1						
Patrioten	1882	0,1						

Andreas P. Zaleshoff

Eine klare Entscheidung ist notwenig...

Ein kurzer Spaziergang durch die Programme von REP, DVU und NSDAP

Der Bundesjugendvorstand der Gewerkschaft der Polizei fasste auf seiner Vorstandsitzung am 12./13. April 1989 u.a. folgenden Beschluß: »Programm und Zielsetzungen der »Republikaner« zeichnen sich insbesondere aus durch... Gewerkschaftsfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, bzw. Emanzipationsfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Forderungen gegen die Freiheit der Presse und der Medien, nationalistische Zielsetzungen, Geschichtsklitterung, Antisemitismus.« Eine klare Aussage. Wenn die jungen PolizistInnen recht haben, dann stellt sich die Frage, was unterscheidet die falschen Republikaner eigentlich von der NPD/DVU, was unterscheidet sie programmatisch von der NSDAP?

Die »Junge Gruppe« der GdP jedenfalls glaubt mit Fug und Recht, Vergleiche ziehen zu können. Zu solchen Vergleichen fordern gerade die Reden Franz Schönhubers heraus. So sagte er Anfang Februar dieses Jahres in einer Rede: »Wenn wir an der Macht sind, wird es 'Kennzeichen D' nicht mehr geben.« Auch im Programm der REP werden unverhüllte Drohungen ausgestoßen. So heißt es dort zu den Medien: »Falls die Selbstkontrolle der Medien mit ihrer in der Öffentlichkeit und Politik inzwischen gewonnenen unbegrenzten Machtstellung weiterhin versagt, werden wir für die Schaffung partei- und gruppenunabhängiger Kontrollorgane zum Schutze des von Einschüchterung und Verschmutzung der geistigen Umwelt bedrohten Freiraums des Bürgers sorgen.« (REP-Programm v. 1987) Nun, für »Kennzeichen D« hätte die NSDAP das gleiche Verfahren gewählt wie die REP es vorschlagen. »Die Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten.« So steht es im Grundsatzprogramm der NSDAP vom Februar 1920. Weiter heißt es dort: »Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die Kunst- ud Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt.« Es darf mit Fug und Recht angenommen werden, daß die Begriffe »Verschmutzung der geistigen Umwelt» und der »zersetzende(n) Einfluß« das Gleiche meinen. Auch die Lösungsvorschläge von REP und dem historischen Vorbild sind gleich.

Eine offenkundige Parallele, die keine Ausnahme darstellt. Gleich im ersten Punkt des NSDAP-Parteiprogramms war festgeschrieben: »Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Groß-Deutschland.« Zwar sind die REP 67 Jahre später ein wenig bescheidener geworden, doch der Tenor der Aussage ist der gleiche. Die angeblichen Republikaner treten ein »für die staatliche und nationale Einheit Deutschlands durch Wiedervereinigung auf Grund des - auch für das deutsche Volk geltenden - freien Selbstbestimmungsrechts...« Wie sich die Bilder doch gleichen: erst wird ein Krieg angezettelt, der andere Völker vergewaltigt, wenn dieser verloren ist, dann wird lautstark für das eigene Volk Selbstbestimmungsrecht eingeklagt. Es ist aber nur schwer festzustellen, ob die REP direkt bei der NSDAP abgeschrieben haben, oder ob die inhaltliche Übernahme den Umweg über die Konkurrenz von der DVU genommen hat. Bei dieser heißt es an entsprechender Stelle: »Das Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen ist für das deutsche Volk ebenso unverzichtbar wie für jedes andere Volk der Welt...«

»Staasbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist.« heißt es im Punkt 4 des Programms der NSDAP. Die Folgerung aus dieser Aussage wird umgehend im näch-

O-Ton Republikaner

»Wir sind so, wie Churchill einmal gesagt hat: 'Entweder die Deutschen sitzen einem dauernd an der Gurgel oder sie lecken die Stiefelsohlen.' Derzeit sind wird beim Stiefelsohlenlecken. Aber die Republikaner wollen das nicht mehr.« (Schönhuber)

»Mit Autonomen diskutiert man nicht, die sperrt man ein« (Schönhuber)

»Ein gerader Weg führt vom 'gewaltlosen Widerstand' durch Sitzblockaden und der Gewalt gegen Sachen zur Hamburger Hafenstrasse und zum Polizistenmord an der Frankfurter Startbahn West. Damit muß jetzt Schluß sein! (REP-Flugblatt Westberlin)

»Wir wollen, daß Deutschland deutsch bleibt. Dazu gehören auch das Sudetenland, Ost- und Westpreußen.« (Schönhuber)

»Erhalt des Bauzaunes der WAA Wackersdorf? »... denn der ist stabil und da hinein sollte man diesen Abschaum treiben für mindestens zehn Jahre; denen Pickel und Schaufel in die Hand drücken und den Zaun von außen gut bewachen.« (Franz Glasauer, REP-Bezirksvorsitzender, Oberbayern)

»Wenn ein paar von diesem Gesindel (hungerstreikende Gefangene) verrecken, dann ist es doch nicht schade darum. Dann sind endlich wieder ein paar Zellen frei für dieses erbärmliche Mischpoke (Demonstranten) da draußen auf der Straße.« (Glasauer)

Zur KZ-Gedenkstätte Dachau: »Ein würdiges Denkmal mit der KZ-Gedenkkirche müßte nach einem halben Jahrhundert aureichend sein.« Eine Jugendbegnungsstätte »würde einer weiteren Diskriminierung des deutschen Volkes dienen«. (Gernot Jellinek, REP-Kreisvorsitzender)

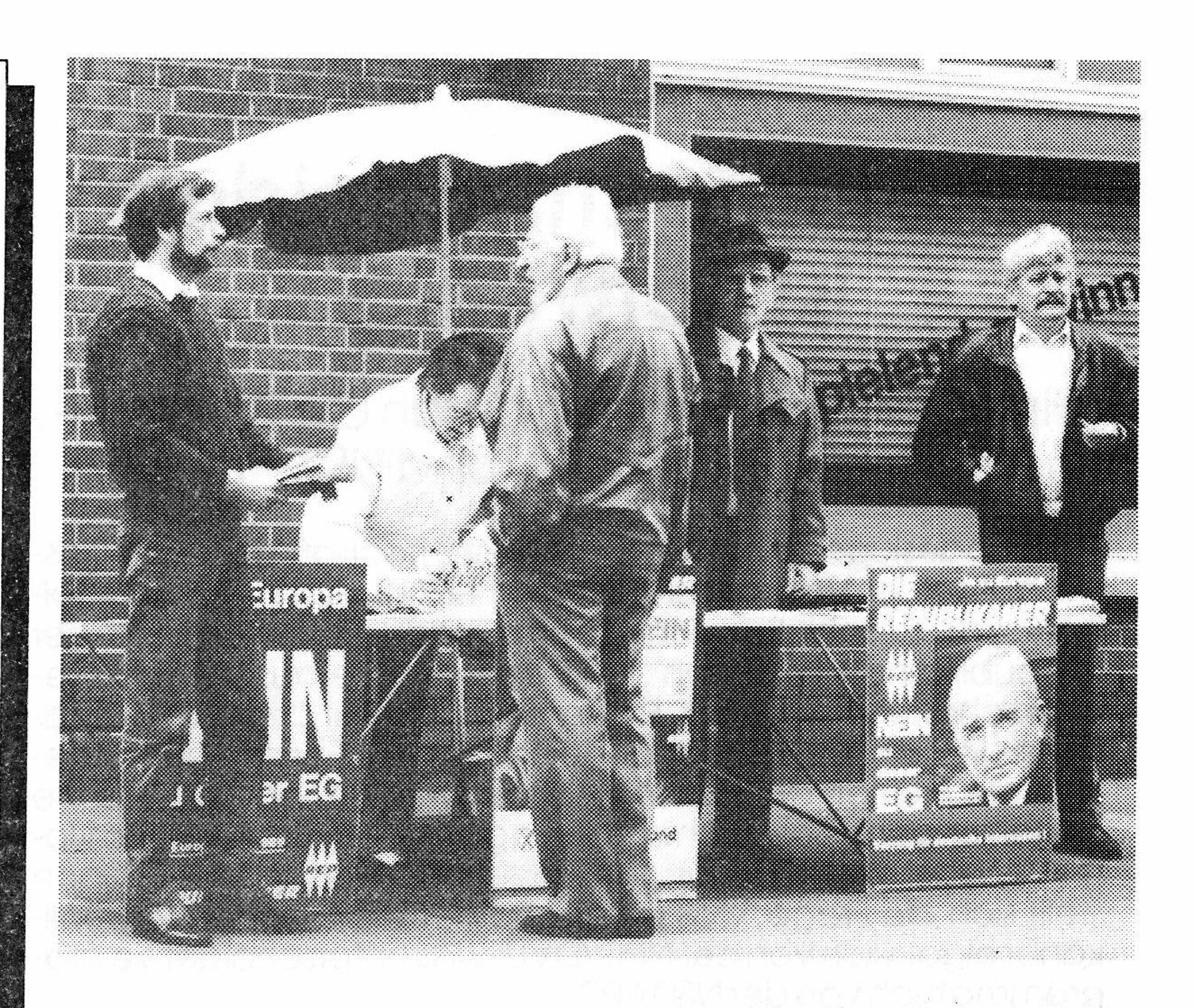
»Die Spenden an arme Negerlein werden doch von den Häuptlingen an der Cote d' Azur verfressen, versoffen und verhurt.« (Schönhuber)

Foto rechts: REP-Infostand in Hermannsburg/Kr. Bergen

»Wer bei den Republikanern als Antisemit auftritt, bekommt es mit mir persönlich zu tun – aber so allmählich hat man ja den Eindruck, der Zentralrat der Juden ist die fünfte Besatzungsmacht auf deutschem Boden.« (Schönhuber)

»Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und potentieller Mörder. Der Kommunist darf nur soviel Spielraum haben wie ein Gehenkter zwischen Hals und Strick.« (REP-Bundesparteisprecher Neubauer 1977)

»Die Republikaner vertreten nach ihrem Parteiprogramm und nach den Aussagen ihrer führenden Repräsentanten weder extremistische noch radikale oder gar neonazistische Positionen.« (B. Tschammer-Osten, stellvertretender REP-Kreisvorsitzender Hannover-Land)



O-Ton CDU/CSU

»... wird das Bild des heutigen Asylanten ... geprägt vom dem Wirtschaftsflüchtling..., dem als Rauschgift-Containeraf einreisende Straftäter... der zum Zwecke der Prostitution eingereisten Afrikanerin und dem... krimnellen Libanesen.» (Heinrich Lummer)

»Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind.« (F.J.Strauß)

»Ausländer sind Gäste, nicht Bürger und von daher auch keine Mitbürger. Gäste sollte man gut behandeln, aber man sollte ihnen nicht einen Teil der Herrschaft überlassen.« (Alfred Dregger)

»Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten.« (A. Dregger)

»Die Juden melden sich immer dann zu Wort, wenn in deutschen Kassen Geld klingelt.« (H. Fellner)

sten Punkt geäußert: »Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.« Wie ähnlich klingt doch: »Ausländer sind Gäste, nicht Bürger und von daher auch keine Mitbürger. Gäste sollte man gut behandeln, aber man sollte ihnen nicht einen Teil der Herrschaft überlassen.«
Entschuldigung, aber bei diesen Ähnlichkeiten bin ich durcheinander gekommen. Das war jetzt nicht das REP-Programm, das war Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag (Welt v.6.2.89).
Einig weiß er sich mit Gerhard Frey: »Wir lehnen Ausländerwahlrecht völlig ab! In Deutschland sollen nur die Deutschen bestimmen, wie es das Grundgesetz vorschreibt.« (DVU-extra, S.1) Bei so viel Einigkeit mögen auch die REP nicht zurückstehen. Im Programm folgt die Aussage, daß Deutschland das Land der Deutschen bleiben müsse, die lapidare Feststellung: »Ausländer sind Gäste.« Und weiter: »Wahlrecht und Parteienmitgliedschaft für Ausländer ist abzulehnen.« (beides auf S. 9 des Programms) Die falschen Republikaner »als eine deutsche Partei« kümmern sich natürlich nur um die »Menschenrechte aller Deutschen« (S.1)
Ein letzter Vergleich sei gestattet. »Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.«

So die NSDAP. Vorreiter einer »geistig-moralischen Erneuerung« glauben auch die REP sein zu müssen. Allerdings drücken sie es nicht so negativ aus wie die NSDAP, was sie geändert sehen möchten. Sie bevorzugen das Positive: »...für die Schaffung staatlicher Institutionen, deren Beamte, Richter, Polizisten und Soldaten nach ihrer fachlichen Qualifikation, Gesetzestreue, Loyalität zum Staat und ihrer Dienstbereitschaft für den Bürger ausgewählt, ausgebildet und zu parteipolitisch neutraler Dienstausübung verpflichtet werden.« (S.2) und um die NPD (Friede ihrer Asche) nicht ganz zu vernachlässigen: »Korruption und Bestechlichkeit sind Zeichen des inneren Verfalls und erschüttern das Rechtsempfinden... Richter müssen der parteipolitischen Beeinflussung entzogen sein.« So im Abschnitt II des aktuellen NPD-Programms.
Und wo sind die Unterschiede? Sie sind schnell aufgezählt. Die eine Partei ist seit 1945 verboten. Nach dem Treiben von NPD und DVU schaut gelegentlich der sogenannte Verfassungsschutz, wenn er nicht gerade mit Celler Löchern und ähnlichem beschäftigt ist. Und die Republikaner sind, so der »Verfassungsschutz«, eine zwar rechtsradikale, aber nicht rechtsextreme Partei. Eine ganz normale, zugelassene Partei? Auch die »Junge Gruppe« der Gewerkschaft der Polizei sieht deutliche Übereinstimmungen. Ihr Leitartikler fragt: »Was heißt denn hier schon 'zugelassene Partei'?«

»Grüne« Republikaner

Nach dem Rücktritt von Herbert Gruhl als Bundesvorsitzender der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) im Februar dieses Jahres haben zahlreiche führende Mitglieder des Gruhl nahestehenden Flügels die Partei verlassen, darunter vier ehemalige Bundesvorstandsmitglieder und neun Mitglieder von Landesvorständen. Die Gruhl-Clique hatte auf dem Bundesparteitag am 18./ 19.2.89 in Saarbrücken mit der Forderung nach einer weiteren Öffnung der ÖDP nach rechts Schiffbruch erlitten.

Einige der ausgetretenen Führungsmitglieder haben sich bereits den Republikanern angeschlossen. Eine weitere Gruppe, darunter drei ehemalige Bundesvorständler und mehrere Landesvorstände, stehen den Republikanern nahe und wollen in einem Arbeitskreis »zur umweltpolitischen Programmatik« der REP beitragen. Sie berufen sich dabei auf den ÖDP-Gründer und ex-CDU-Bundestagsabgeordneten Gruhl, der sich in einem Interview in der Frankfurter Allgemeine Zeitung 1987 selbst als »grünen« Republikaner« bezeichnet habe.

Zu den Neu-Republikanern gehört mit Wolfram Bednarski (Springe), Heinz-Siegfried Stretlow (Sehnde), Jürgen Wirtz (Langenhagen) und Klaus-Jürgen Menzel (Bevenstedt) auch der ehemalige ÖDP-Landesvorstand in Niedersachsen.

Kalter Krieg in Verden

Zur Vaterlands-Verteidigung auch auf dem parteipolitischen Sektor tritt jetzt Ferdinand von Lekow aus Ludum im Kreis Verden an. Von Lekow; beruflich in der Leitung des Kreisverteidigungskommando 254 tätig, bereitet gemeinsam mit Kurt Rischbode aus Kreepen die Gründung eines Verdener Kreisverbandes der Republikaner vor.

Auf einer ersten Veranstaltung am 10. Mai in Süderwalsede konnte er unter den ca. 25 Teilnehmern jedoch nur zwei bis drei sichere Mitglieder finden.

Die ursprünglich in der Kreepener Gaststätte geplante Versammlung war aus Furcht vor einer möglichen Gegenkundgebung geplatzt und mußte in den Landkreis Rotenburg verlegt werden.

REP gründen Studentenverband

Im Mai 1989 wurde der »Republikanische Hochschulverband« (RHV) als offizieller Studentenverband der »Republikaner« in München gegründet. Die REP-Bundesgeschäftsführerin Centa Hirsch überbrachte dem juristisch unabhängigen Verein die Grüße der Parteizentrale. Überraschend war die Wahl des Vorstandes. Drei gleichberechtigte Sprecher wurden anstelle eines Vorsitzenden gewählt: Hans-Ulrich Kopp, Alexander Wolff und Alexander von Schrenck-Notzing (Sohn des WMF-Hauptaktionärs und Criticon-Herausgebers Caspar von Schrenck-Notzing).

Der neugewählte Vorstand des RHV kündigte an, in der nächsten Zeit an allen Hochschulstandorten der Bundesrepublik mit Ortsverbänden in Erscheinung zu treten. Ziel sei unter anderen eine Intellektualisierung der REP, da in dieser Partei Akademiker noch stark unterrepräsentiert seien.

Wer sind die Republikaner?

Unter dieser Fragestellung führte die VVN-Bund der Antifaschisten in Rotenburg/Wümme ein Tribunal durch. Programmatik und Praxis der REP wurden untersucht. AntifaschistInnen aus der Gewerkschafts-, Frauen- und Friedensbewegung stellen einmütig fest, daß die "Republikaner" ihren aktuellen Interessen ebenso wie ihren Zukunftsvorstellungen von einer menschlichen, sozialen und friedlichen Welt diametral entgegenstehen. Die Beiträge dieses Tribunals sind in dem dritten Heft der Broschürenreihe "Neofaschismus unter der Lupe" dokumentiert und können über die VVN-BdA, Goseriede 10-12, 3000 Hannover 1 bezogen werden.

Zur Wahlkundgebung der DVU

Mehr als tausend Polizisten, Sondereinsatzkommandos, Mobile Einsatzkommandos, wurden aufgeboten um zu verhindern, daß - ja was eigentlich?

Daß 12 Neofaschisten am 13.6.89 vom hannoverschen Klagesmarkt vertrieben werden? Oder um 3ooo GegendemonstrantInnen einzuschüchtern: mit perfekter Videoüberwachung, Knüppeleinsätzen und dem Auseinandertreiben der antifaschistischen Gegendemonstration.

130 Gewerkschafterinnen fordern den Rücktritt von Polizeipräsident Dommaschk - Heinz Witte, DGB-Kreisvorsitzender, versucht die Wogen wieder zu glätten, denn die Gewerkschaft der Polizei droht mit dem Austritt aus dem DGB.

Interviews mit Gruppenmitgliedern aus dem Antifaschistischen Aktionsbündnis in Hannover umreißen mögliche Strategien für eine weitere Auseinandersetzung und den Kampf gegen die Faschisten.

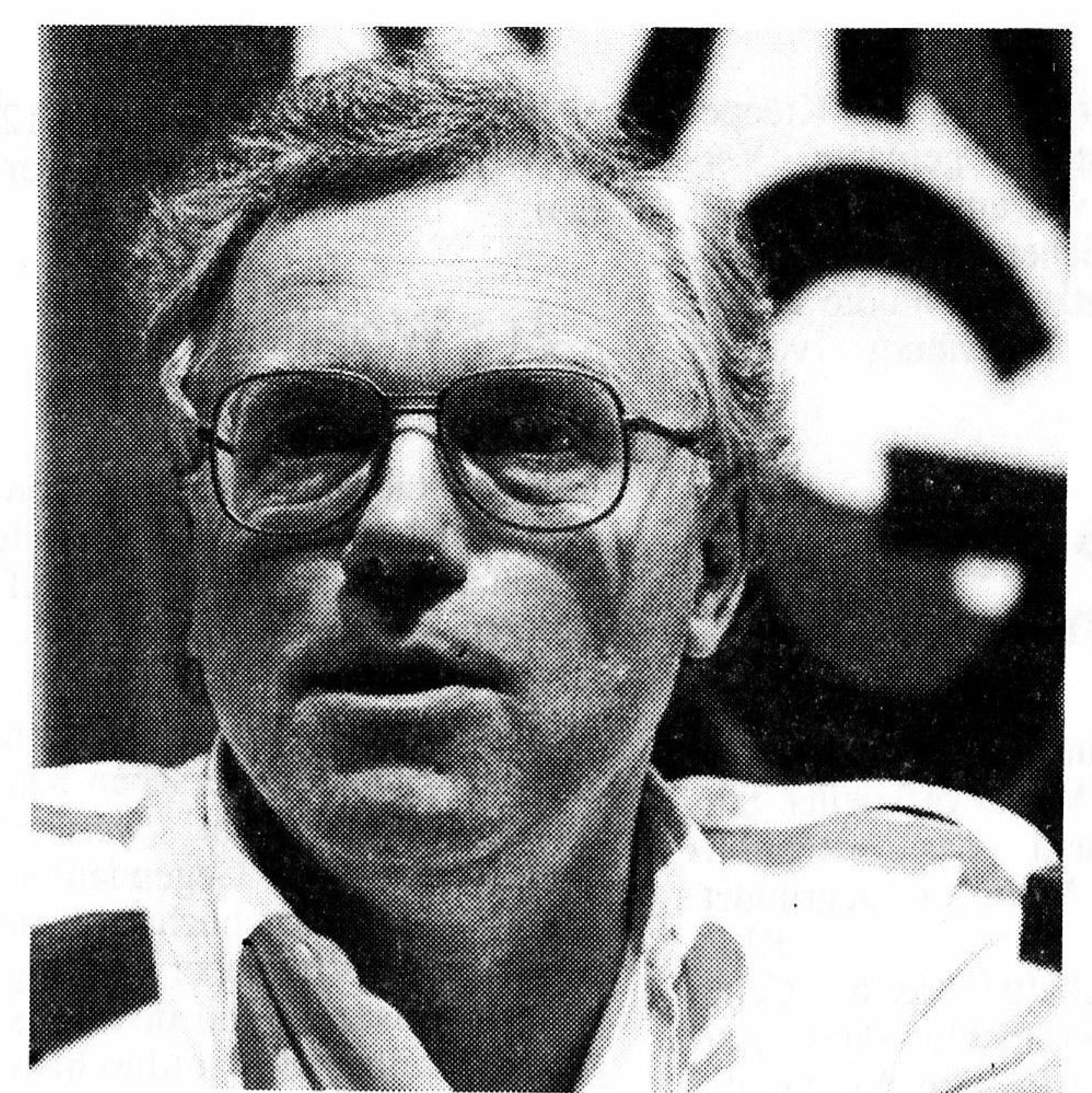
ca. 3o min., Medienwerkstatt Linden, Charlottenstraße 5, 3ooo Hannover 91

Nicht mit uns Gemeinsam gegen Neonazis

Neonazis machen von sich reden, nicht nur in Hannover. Der Mord am 17jährigen Roger Bornemann und andere Gewalttaten von Skinheads lösten eine anhaltende öffentliche Diskussion über Rechtsextremisten und deren Einfluß auf Jugendliche aus. Was wissen wir über Neonazis? Wie begegnen wir der Gefahr von rechts? Ausgehend von der hannoverschen Situation stellt das Video ultrarechte Gruppierungen dar, benennt und wertet die Zusammenhänge, regt zur Diskussion über Gegenstrategien an und fördert praktische Initiative.

ca. 2o Min. , M7-Medienagentur Im Moore 7, 3000 Hannover 1

Arno Klönne



Mit dem Beitrag des Paderborner Soziologieprofessors Arno Klönne setzen wir die Diskussion um die Hintergründe und den Umgang mit den Wahlerfolgen neofaschistischer Parteien in der Bundesrepublik fort. Arno Klönne führt in die wissenschaftliche Diskussion bisher unwidersprochen den Begriff des »rechten Fundamentalismus« ein. Ein Begriff, der u.E. die Gefahr der Verharmlosung, der Gleichsetzung eines grünen und »rechten Fundamentalismus« in sich birgt. Wir fordern unsere LeserInnen auf, sich in die Diskussion über antifaschistische Strategien zur Zurückdrängung neofaschistischen Gedankenguts sowie deren organisationspolitische Träger einzuschalten. Dabei sollten auch faschismustheoretische Fragen nach der Klassifizierung und der Funktion der »Republikaner« bzw. anderer neofaschistischer Organisationen nicht vernachlässigt werden.

Arno Klönne

Aufstand der Modernisierungsopfer

Stimmzettel werden gezählt; die Wahlerfolge der NPD und der »Republikaner« haben insofern auch jener Sichtweise, die Realitäten am ehesten dann wahrnimmt, wenn sie quantifizierbar sind, die zunehmende Gesellschaftsfähigkeit rechtsextremer Politikentwürfe in der Bundesrepublik vor Augen geführt. Parteien, denen es fast mühelos gelingt, die Fünfprozenthürde zu überspringen, sind nicht mehr als »Randgruppen« zu definieren. Wer sich in den letzten Jahren politischer Nachdenklichkeit nicht verweigert hatte, konnte das Eindringen der Rechtsaußenparteien in die Parlamente in Berlin und Hessen, mitsamt dem Vorspiel in Bremen, wohl kaum als Sensation empfinden; wer die soziale Problemlage und die ideologischen Befindlichkeiten in der westdeutschen Gesellschaft zur Kenntnis nimmt, wird sich auch nicht der Illusion hingeben können, der rechte Fundamentalismus werde bald wieder wie ein Spuk verschwinden. Daß es nicht nur politisch-praktischer, sondern auch analytischer Anstrengungen bedarf, mehr noch als bisher, um den »Rutschgefahren nach rechts« entgegenzusteuern, ist selbstverständlich; und es gibt einige Anzeichen dafür, daß diese Bemühungen nicht folgenlos bleiben. Nach meinem Eindruck hat die demokratische Diskussion »nach Berlin und Hessen« zwei wichtigen Elementen vorangeholfen: Erstens der Einsicht, daß es zu kurz greift, den rechten Fundamentalismus heute im wesentlichen nur als Resultat eines (westdeutschen) Mangels an »Bewältigung der NS-Vergangenheit« zu deuten; zweitens dem Einblick darin, daß dieser rechte Fundamentalismus heute seine Herkünfte – soweit es um die »Gefolgschaften« geht – auch in Existenznöten und materiellen Bedrängnissen hat, also sozialstrukturell bedingt ist. Damit sind freilich nur gedankliche Ausgangspunkte gesetzt, die weiterführende Fragen aufwerfen, darunter auch solche, die im Spektrum demokratisch oder antifaschistisch orientierter Politik unbequem sein können. Um einige Themen dieser Art wenigstens zu umreißen:

Es ist zweifellos so, daß die Wahlerfolge der Rechtsaußenparteien zur Zeit eine Anfechtung vor allem der Unionsparteien darstellen und zugleich den Widersprüchlichkeiten der Unionspolitik Ausdruck verschaffen. In wesentlichen Teilen der Gefühlswelt und Ideologie der »Republikaner«, aber auch der NPD und der DVU finden sich Schnittmengen mit Ideen und Motiven, die auch in den Unionsparteien zumindest ihren Platz haben; und die Erfolgsträchtigkeit der Rechtsaußenparteien ist eben auch darin begründet, daß diese eine Reihe von Erwartungen aufgreifen und zuspitzen können, die vom regierenden Konservatismus geweckt oder gepflegt wurden, aber denn doch nicht wirklich befriedigt werden konnten. Nur als Beispiel: Wenn eine Regierungspolitik die Fiktion verbreitet, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland und müsse am Ziel »ethnischer Homogenität« festhalten, dann liegt es nahe, daß daraus – gewissermaßen konsequent – ein rechtsextremes »Ausländer-raus«-Programm sich entwickeln kann, um die Regierenden beim Wort zu nehmen.

Zutreffend ist auch, daß dies nicht nur ein aktuelles Problem der Union, sondern in deren Geschichte angelegt ist; die CDU und die CSU wurden als Neugründungen nach dem Ende des Dritten Reiches mehrheitsfähig eben dadurch, daß sie politische Traditionen vom sozialrepublikanischen Flügel der alten Zentrumspartei bis zum autoritären Deutschnationalismus bündelten. Ein Mann wie Adenauer war sich des darin liegenden Risikos durchaus bewußt; er nahm es aus machtpolitischen Gründen in Kauf und hoffte darauf, daß Westintegration und Wohlstand den Rechtextremismus austrocknen würden.

Dies alles bedeutet aber nicht, daß die links von den Unionsparteien angesiedelten politischen Kräfte sich von der Verantwortung für die »Rutschgefahren nach rechts« freisprechen dürfen. Zu denken gibt hier schon die soziale Rekrutierung der Wähler von NPD und »Republikanern«. Anders als bei der NPD-Wählerschaft in den 60er Jahren, die überwiegend »mittelständisch« geprägt war, liegen deutliche Schwerpunkte der Wählerschaft der Rechtsaußenparteien heute im Arbeitermilieu.

Franz Steinkühler hat in der Funktionärszeitschrift der IG Metall die Dinge beim Namen genannt: »Es muß nachdenklich stimmen, daß nicht die SPD, sondern die Rechtskräfte die von sozialer Not bedrohten Protestwähler für sich mobilisieren können.«
Wenn Kurt Biedenkopf »die Volksparteien« kritisiert, weil sie »mit der Bedienung angeblicher sozialer Bedürfnisse der neuen Mittelschichtgesellschaft so beschäftigt sind, daß sie es versäumt haben, die wahren Probleme und Spannungen unserer Wohlstandsgesellschaft zu erkennen«, so mag darin auch ein Versuch der Entlastung der Union liegen, aber richtig bleibt doch der Hinweis, daß auch die SPD schon seit längerem keine Gewähr mehr dafür bietet, daß sozialer Problemdruck sich parteipolitisch zu Wort melden kann.
Denjenigen, die bei der auch von führenden Sozialdemokraten oft als recht angenehm empfundenen gesellschaftliche »Modernisierung« auf der Strecke bleiben, wird eine eher folkloristische Verheißung der mulitkulturellen Gesellschaft nicht die Aggressionen austreiben; da braucht es schon eine glaubwürdige Alternative zur Gewinner-Verlierer-Gesellschaft des neuen »Individualismus«. Deshalb wäre es auch sehr kurzschlüssig, das Verschwinden des Rechtsextremismus als Nebeneffekt einer zweiten sozial-liberalen Koalition in Bonn zu erhoffen, also die Erwartung zu hegen, daß die Union, wenn sie erst bundespolitisch in die Oppositionsrolle gekommen sei, das von ihr nach rechts hin freigesetzte Potential wieder integrieren und damit politisch zähmen werden, während SPD und FDP dann in der Bundespolitik, aufgefrischt durch grüne Koalitionen auf der Ebene darunter, unbelästigt vom rechten Protest den Weg in die »Postmoderne« antreten könnten.
Solche Kalkulationen verkennen, daß im rechtsextremen Wahlverhalten fundamentale Probleme der Gesellschaftsentwicklung zum Vorschein kommen, die das gesamte Parteiensystem vor Herausforderungen stellen, und dies nicht nur in der Bundesrepublik. Es besteht leider kein Grund zu der Annahme, daß ein liberal-sozialstaatliches Politikmodell zum weltweit selbstverständlichen Standard geworden sei, der nun noch mit einigen »Rückständigkeiten« zu rechnen habe. Die freundlichen Bilder vom »Markt«, der alle zufriedenstellen könne, in denen auch Linke inzwischen so gern denken, haben wenig mit der einzelstaatlichen und globalen ökonomisch-politischen Realität zu tun. Die Annäherung bisher nichtkapitalistischer Gesellschaften an die »Marktwirtschaft« wird übrigens, so sehr sie von erfreulichen politischen Öffnungen begleitet ist, dort nicht nur wirtschaftliche Effektivität steigern, sondern auch neuen sozialen Problemdruck erzeugen; rechter Fundamentalismus kann auch dort eine Reaktion darauf sein.
Dies weist auf ein weiteres heikles Thema hin. In den Staaten, die sich sozialistische Systemziele setzten, war und ist der Antifaschismus verpflichtender Bestandteil staatlich-gesellschaftlicher Politikauffassung und Erziehung; faschistische oder dem Faschismus ähnliche Ideen hatten dort keine Öffentlichkeitschance. Dennoch tritt gegenwärtig in solchen Staaten an vielen Stellen der Mentalität »unterhalb« der offiziellen Politik eine ideologische Systematik hervor, etwa als aggressive nationalistische oder ethnische Stimmung, die ihre Berührungspunkte mit dem rechten Fundamentalismus in kapitalistischen Gesellschaften hat. Zugespitzt: Die »antifaschistische Erziehungsdiktatur« bietet offenbar noch keine Garantie gegen das Aufkommen von politischen Gefühlen und Weltbildern, die ihre Verwandten mit dem Faschismus haben.
Um wieder von der Bundesrepublik zu sprechen: Es ist hier nicht nur die »Stahlhelm«-Richtung des regierenden Konservatismus, die das Terrain bereitgestellt hat, in dem nun Rechtsaußenparteien ihren Platz nehmen können. Wenn in der Wahl von Parteien wie den »Republikanern« oder NPD nicht nur momentanes Mißvergnügen und deutschnationale Restressentiments sich artikulieren, sondern rechter Fundamentalismus sich zeigt (der auch an anderen parteipolitischen Orten und in anderen Formen Ausdruck finden kann), dann sind es tiefere Gründe, die da in den Blick zu nehmen sind, was heißt: Auch die liberale, die sozialdemokratische und die sozialistische Politikrichtung haben auf ihre jeweilige Weise an den Bedingungen mitgewirkt, aus denen heraus Menschen – und nicht wenige – in unserer Gesellschaft den Rechtsfundamentalismus als Deutungsmuster für ihre Probleme annehmen.
Zu Recht bemerkt Reinhard Kühnl (wiederum in der Funktionärszeitschrift der IG Metall): »Niemand wird als Faschist geboren, und niemand muß es ein Leben lang sein, wenn er einmal Elemente einer solchen Ideologie in seinen Kopf aufgenommen hat. Es gibt in der Bundesrepublik Millionen von Menschen, die sich um ihre Existenz sorgen und nach Lösungen suchen. Es kommt darauf an, ihre Köpfe und Herzen für unsere Lösungen zu gewinnen.«
Hier ist anzuschließen: Wie sehen »unsere Lösungen« aus? Wo sind sie identifizierbar? Wo ist die Bewegung erfahrbar, die diese Lösungen nicht nur im Wege der Resolutionen anzielt? Noch einmal ein Beispiel: Das neue Grundsatzprogramm der SPD, so wie es nun im Entwurf vorliegt, wird kaum dazu geeignet sein, Mitmenschen, die sich – verunsichert und noch unsicher – dem Rechtsfundamentalismus nähern, auf alternative Ideen zu bringen.
Freilich sind es nicht nur Menschen in Ungewißheit, die das Potential des Rechtsfundamentalismus ausmachen. Es wirken dort harte und gefestigte ideologische und praktische Machtinteressen mit, zum Teil auch solche, die sich selbst (noch) nicht in den organisierten Rechtsextremismus einreihen. Auch deshalb ist eine Politik, die gegen die »Rutschgefahren nach rechts« angehen will, darauf angewiesen, deutliche, demonstrative Kennzeichnungen der Gegner der Demokratie zu setzen und auch von den rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, die in der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik zur Abwehr neonazistischer Tendenzen gegeben sind.
Aber dies kann nur eine Methode einer Auseinandersetzung sein, die ihrem größeren Anteil nach in anderen Konfliktbereichen und mit anderen Mitteln zu führen ist; der Neonazismus ist ohnehind nur eine Variante des Rechtsfundamentalismus, und von den Kräfteverhältnissen und Machtchancen her nicht diejenige, die das eigentliche Risiko darstellt.
Von Erich Fried stammt der bedenkenswerte Satz, daß »Antifaschisten, die nichts als Antifaschisten sind, keine Antifaschisten sind«. Der Rechtsfundamentalismus heute hat auch seine Traditionsherkünfte, aber seine wichtigsten Grundlagen sind in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Die Auseinandersetzung mit den Ausdrucksformen des Rechtsfundamentalismus allein kann nicht Abhilfe schaffen; es geht darum, die »Produktionsbedingungen« des Rechsfundamentalismus bewußt zu machen und abzulösen.
Die Linke wäre schlecht beraten, wenn sie sich nur noch als »antifaschistische Abwehr« verstehen und das Feld eigener, über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturprobleme hinausführender Entwürfe räumen würde.

(Nachdruck aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1989, PRV, Köln)



§ 129 a – Hammer gegen Hamburger Antifaschisten

Am 15. Juni 1989 durchsuchten Beamte der Landeskriminalämter Hamburg und Niedersachsen insgesamt neun Wohnungen in Hamburg und Niedersachsen. Gegen mindestens sechs AntifaschistInnen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, zwei von ihnen sitzen seit nunmehr drei Wochen in Untersuchungshaft.

Hintergrund der Ermittlungen ist die Aktion eines »Mobilen Antifa Kommandos« (MAK) am 20. Mai 89 gegen die FaschistInnen Ursula und Christian Worch in Hamburg. Die beiden gehören zu den führenden Köpfen der militanten Neonazi-Szene um Michael Kühnen.

Mitglieder des Kommandos waren, mit Kampfanzügen des »Mobilen Einsatz-Kommandos« der Polizei verkleidet, in die Wohnung der Worchs am Friedrich-Ebert Damm 55 eingedrungen. In einem Brief an die »taz« zeigten sie sich überrascht von der Fülle des Materials, daß ihnen dabei in die Hände fiel, so zum Beispiel Mitglieder-Karteien der FAP und der NATIONALEN LISTE, Fotoalben von internen Parteitagen und eine umfangreiche Korrespondenz zwischen den faschistischen Leitungskadern unterschiedlichster Organisationen. Die MAKs bedankten sich und »werden das Material den antifaschistischen Zusammenhängen zur Verfügung stellen.«

Den beiden in U-Haft befindlichen AntifaschistInnen wird in diesem Zusammenhang unter anderem schwerer Raub und Freiheitsberaubung (die Worchs waren von der Autorität der Uniformen wohl so gefesselt...) vorgeworfen und die Untersuchungshaft mit zu erwartenden langjährigen Haftstrafen und Fluchgefahr begründet.

Mindestens einer weiteren Antifaschistin wird, wegen eines im Mai diesen Jahres erfolgten Brandanschlags auf den für die Verbreitung neonazistischer Literatur bekannten »Uwe-Berg-Verlag« in Toppenstedt, Brandstiftung und die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

Unklar bleibt jedoch, weshalb die Staatsanwaltschaft ausgerechnet diese sechs Leute verdächtigt. In allen Verfahren besteht faktisch eine Nachrichtensperre, selbst die Anwälte der Betroffenen erhalten nicht die zur Verteidigung notwendigen Informationen.

Nach Einschätzung Hamburger AntifaschistInnen deutet dies unter anderem hin auf die Angst der Behörden vor einer heftigen Empörung und Solidarität vieler antifaschistisch sensibilisierter und engagierter Menschen. Gerade jetzt, wo der Antifaschismus an Kraft und Radikalität gewonnen habe, stießen im Zuge immer vielfältiger werdender Aktionsformen auch militante Aktionen auf breitere Zustimmung. Die jetzige Repressionswelle ziele auf eine Spaltung des antifaschistischen Widerstandes, um ihn zu zerschlagen. Man/frau werde alle Möglichkeiten nutzen, um gemeinsam diesen Kriminalisierungsversuchen entgegenzutreten.

Gunnar Siebecke

Antifaschistische Stadtteilarbeit in Göttingen

Göttingen, Stadtteil Grone: Sechs Menschen unterschiedlicher politischer Anschauung, die von der Bewegung gegen die Volkszählung '86 übriggeblieben waren und seitdem wöchentlich im Stadteil Doppelkopf spielten, beschlossen nach den Wahlen in Bremen, Westberlin und Hessen, aktiv in die antifaschistische Bewegung einzugreifen.

Selbstverständlich geschah dies nicht voraussetzungslos: Wir waren aus einem politischen Grund zusammengekommen (Stichwort: Volkszählungsboykott), haben uns immer über politische Themen verständigt und erlebten in unserem Stadtteil (ca. 13.000 Einwohner, davon knapp 1.200 Ausländer eine wachsende Ausländerfeindlichkeit und zunehmende Aktivitäten neofaschistischer Gruppen (vor allem FAP).

Die Überlegung, was denn eine Stadtteilinitiative leisten kann, die sich a) politisch heterogen zusammensetzt und b) sich ein Verhältnis zu den anderen im Stadtgebiet tätigen antifaschistischen Organisationen, Parteien und Initiativen erarbeiten muß, hat dabei folgendes Resultat gebracht:

_ Es muß darum gehen, der neofaschistischen "Kultur", die sich aus Aufklebern, Hakenkreuzen im Rasen, Gruppenbildungen und Sprüchen zusammensetzt, eine antifaschistische Kultur entgegenzusetzen. Denn wir gehen davon aus, daß die Aktivitäten der Neofaschisten eine Wirkung im Verhalten der Menschen nach sich ziehen.

– Es kann nicht darum gehen, in der Gruppe eine einheitliche politische Ausrichtung, eine einheitliche Stellung zu Aktionsformen durchzusetzen, sondern im Gegenteil das Verständnis für das antifaschistische Bewußtsein des/der Anderen gleichberechtigt anzuerkennen und Raum für diese Aktionsform zu schaffen.

– Dabei ist es völlig legitim und darüber hinaus nützlich, daß einzelne in anderen Initiativen, Organisationen oder Parteien arbeiten und dort eigene, nicht von allen Teilnehmern dieser Stadtteilinitiative getragene Postitionen entwikkeln.

– Ziel dieser Arbeit ist es nicht, für die antifaschistische Arbeit von Gewerkschaften, DKP, Grünen, SPD oder autonomen Gruppen zu werben, sondern das antifaschistische Bewußtsein der Bevölkerung zu schärfen.

Selbstverständlich waren dies nicht Überlegungen, die im Voraus gemacht wurden, sondern Ergebnisse von ca. vier Monaten gemeinsamer Arbeit:

Es begann nach dem Enschluß der Doppelkopf-Runde mit postkartengroßen Zetteln, von denen wir uns 2.400 Exemplare fotokopierten und in die Briefkästen der großen Wohnblocks steckten. Bezahlt wurden diese ersten Zettel übrigens aus der Doko-Kasse, aus der wir bisher gemeinsame Essen zahlten.

Ziel war, mittels einer Gegenöffentlichkeit, einer "Gegenkultur", schwankende Wähler davon abzuhalten, neofaschistische Organisationen zu wählen.

In diese Zeit fielen eine NPD/DVU-Wahlkampfkundgebung (13.5.) sowie die Ankündigung einer weiteren Veranstaltung (16.6.). Wir waren schnell in den Diskussionsprozeß um Einheit oder Spaltung, um Aktionsformen einbezogen: Die eher traditionellen Kräfte des Antifaschismus orientierten auf eine Gegenkundgebung in der Nähe des geplanten NPD-Aufmarsches, während sich andere Kräfte (Autonome, Grüne, Uni-Gruppen, DKP und kleinere Initiativen) für eine Verhinderungsstrategie aussprachen.

Wir einigten uns, im Sinne unserer stadtteilbezogenen Arbeit, zur "DGB-Demo" aufzurufen, stellten aber jedem frei, sich auch an der anderen Aktion zu beteiligen. Dies war bei der zweiten Aktion anders: Während das antifaschistische Bündnis sehr schnell mit der Konzeption eines friedlichen "antifaschistischen Besetzungsfestes" (Besetzung des Platzes weit vor der NPD-Kundgebung mit einem internationalen Fest) hervortrat, zögerte der DGB mit einer eigenen Orientierung. Da sich auch SPD u.a. zu keiner konkreten Aktionsform entschließen konnten, war für uns die Orientierung relativ klar: Wir riefen zur Teilnahme auf, obwohl einige von uns stark gewerkschaftlich orientiert sind.

Während dieser ganzen vier Monate Arbeit - wir haben später wöchentlich bis zu 5.000 "Zettel" gesteckt - haben rund 20 Groner Bürger/innen zu uns gefunden, so daß wir heute mit ca. 15 - 20 Menschen unsere wöchentlichen Treffen durchführen. Diese Treffen sind natürlich nicht nur reine Arbeitssitzungen, sondern immer auch Austausch von Meinungen, Erkenntnissen, neuesten Nachrichten. Es ist eine Mischung von "geselligem Beisammensein" und konkreter politischer Arbeit.

Vor uns liegt jetzt zum einen die Auswertung unserer Bemühungen anhand der Wahlergebnisse in unserem Stadtteil, zum anderen aber auch die Diskussion um die weitere Arbeit der Initiative. Selbstverständlich gibt es da einige Vorstellungen, die bereits vor der Europawahl angeklungen sind, die wir aber einfach nicht zusätzlich durchführen konnten:

- Beteiligung an einem "Fest mit Ausländern" der örtlichen Kirchengemeinde
- Herantreten an die örtlichen Parteien bzw. den Ortsrat mit dem Ziel, dort eigenständige Antifaschismus-Propaganda zu initiieren
- Eigene Veranstaltung mit Film und Referenten gezielt für Jugendliche des Stadtteils
- Herantreten an die örtlichen Vereine und Verbände, um dort den antifaschistischen Gedanken zu verstärken.

Es ist dabei wahrscheinlich allen bewußt, daß eine solche Aktivität wie in den vergangenen vier Monaten auf Dauer kaum aufrecht zu erhalten ist. Einige werden nicht mehr regelmäßig kommen, andere hinzukommen. Wichtig dabei ist, daß wir uns nicht nur als "Arbeitsgruppe" verstehen, sondern als Bewohner eines Stadtteils, die auch aus kulturellen Gründen zusammenkommen (klönen, spielen, diskutieren, Veranstaltungen besuchen). Auf diese Weise ist der Fortbestand zumindest eines Stammes wohl gewährleistet und die Möglichkeit, zu anderen Anlässen wieder aktiv zu werden, gegeben.

Margret Feit*

Antisemitismus ohne Juden

Zur Ideologie der Neuen Rechten

Als die Ideologen der Nazis die faschistische Diktatur vorbereiteten, bemühten sie in ersten Linie die Biologie. Die "arischen Herrenmenschen", die das teutsche Volk in den Kampf um den "Platz an der Sonne" führten, sollen das Ergebnis "arischen Blutes" und "deutschen Bodens" gewesen sein. Dagegen wurde der jüdisch-bolschewistisch-slawische "Untermensch" als Produkt asiatischen Bodens und "jüdischer Rasse" dargestellt, gegen den sich selbst der erbärmlichste "Arier" als edles Exemplar des Menschengeschlechts fühlen konnte.
Als sich die Ideologen der "Neuen Rechten" in den 70er Jahren anschickten, die faschistische Ideologie zu modernisieren, bemühten sie vor allem die "Kultur", die sie als Wurmfortsatz der Volksbiologie definierten. Über diesen Umweg haben es die braunen Vordenker geschafft, auf ihre Art aus dem "Schatten Hitlers" zu treten. Und das, obwohl sie weiterhin tüchtig bei bedeutenden Nazi-Ideologen wie Alfred Rosenberg abgeschrieben haben. Die "Neuen Rechten" haben die Seiten gewechselt: innerhalb verschiedener Strömungen faschistischer Ideologie.
Nicht "Deutschland, Deutschland über alles" ist heute das politische Ziel, sondern "die europäische Wiedergeburt" steht auf dem Programm. Der modernisierte Chauvinismus gibt sich mit den allzu klein gewordenen nationalstaatlichen Räumen nicht mehr zufrieden und beansprucht für sich noch nebenbei internationalistisch zu sein.
Auch das Erscheinungsbild des Rassismus hat sich geändert. Die für die Nazis typische Einteilung der verschiedenen (angeblichen) Rassen in "Über-" und "Unterrassen", in eine Völkerhierarchie, an deren Spitze der mythisch überhöhte germanisch-nordische Arier und an deren untersten Stufe der jüdisch-slawische "Untermensch" stand, ist in braunen Kreisen nicht mehr "in".
Die intellektuellen Vordenker der modernen Faschisten stellen sich sogar ausdrücklich gegen dieses Konzept. Sie propagierten dagegen den Erhalt der "Vielfalt" andersartiger (aber - so wird betont - gleichwertiger) Völker und Kulturen; keine Rassen- und Völkerhierarchie also, sondern ein "Völkerpluralismus" als Grundlage für eine demagogisch in Aussicht gestellte Welt gutnachbarlicher Beziehungen.
Selbst der Antisemitismus, das zentrale Element nationalsozialistischer Massenmobilisierung, ist auf diese neue Linie umgeschrieben worden. Es wird nicht mehr von der "jüdischen" oder "semitischen" Rasse gesprochen. Der Rasse-Begriff, in den Anfängen "neurechter" Ideologieentwicklung noch häufig benutzt, taucht kaum noch auf. Nicht die "Rassenfrage" der Nazis beschäftigt die intellektuelle faschistische Rechte, sondern die Frage der "ethnischen" beziehungsweise "völkischen Identität".
Und doch werden die alten Bilder vom "Ewigen Juden" und von der "jüdischen Weltverschwörung" wiederbelebt - vom rassistischen Aspekt weitgehend befreit und als Philosophie getarnt. Dieser "neue" Antisemitismus spielt eine wichtige Rolle im Kampf um die "europäische Wiedergeburt", zu dem sich die "Neuen Rechten" berufen fühlen und als dessen entscheidende Vorraussetzung die "Erkenntnis des Hauptfeindes" gilt.
In der "neurechten" Ideologie wird der Antisemitismus als Vehikel benutzt, das ein "neues Heidentum" transportiert, dessen Menschenbild wiederum die psychologische Grundlage für eine Faschisierung der Gesellschaft bilden soll. Die Abgrenzung des "neuen Heidentums" vom sogenannten "Judäo-Christentum", in der sich der "neurechte" Antisemitismus formiert, ist weniger eine biologische als eine ideolo-





Nation Europa: Eine der vielen rechten Publikationen (NPD-nah)

THEORIE

gisch-geistige. Nach der Propaganda der "Neuen Rechten" erkennt man "den Juden" nicht an seiner "typischen" Physiognomie, sondern an seiner "typischen" Weltanschauung: dem auf den Gleichheitspostulat fußenden Universalismus.
In Anlehnung an die "Deutsche Glaubensbewegung" J.W.Hauers, die als völkische Religionsgemeinschaft vor allem bei der SA breite Zustimmung fand, wird die Gretchenfrage neu gestellt. Führend in diesem Haken-Kreuzzug sind neben den Ideologen um das Kasseler Thule Seminar auch exponierte Mitglieder der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft", allen voran deren langjährige Ehrenpräsidentin (bis 1988) Sigrid Hunke.
Besonders am Herzen liegt den "neurechten" Demagogen die religiöse "Erweckung" der europäischen Völker. Parallel zu dem Versuch, vom aggressiv-nationalistischen Charakter ihrer Ideologie abzulenken, indem der "klassische" Nationalismus auf die europäische Stufe gehoben wird, grenzt man aus der religiösen Vielfalt eine angeblich "spezifisch europäische Religiösität" ab, deren Wurzeln im "europäischen Heidentum" zu suchen seien. Juden- und Christentum werden als dem europäischen Menschen "fremde", weil asiatische Religionen abgelehnt. Sämtliche politischen, sozialen, ökologischen und sogenannte "Sinn"-Krisen Europas resultierten letztendlich - so die Botschaft - aus der Orientierungslosigkeit, der die Europäer aufgrund der ihnen aufoktroyierten judäo-christlichen Religion anheimgefallen seien.
Nach Hunke handelt es sich bei dem "germanischen" religiösen Erbe und dem "Judäo-Christentum" um zwei "grundverschiedene geistige und seelische Stile, ...zwei unvereinbare, feindlich einander widersprechende Denk- und Erlebensweisen". Das Problem, so konkretisiert der in der BRD bekannteste Vertreter der französischen "Neuen Rechten", Alain de Benoist, liege darin, daß auch die politischen "westlichen Werte" auf die Prinzipien dieses Judäo-Christentums aufbauten. Gemeint ist damit die humanistische Linie europäischer Tradition; gemeint sind die Errungenschaften der Aufklärung und ihre politischen Folgen. Die Französiche Revolution wird zum Sündenfall der europäischen Geschichte.

Ein Beispiel für Ausländer- und Intellektuellenfeind-lichkeit aus: Nation Europa

Aus „Junge Stimme" Nr. 27

Als "uneuropäisch" gelten der jüdische und christlische "Dualismus", also die Trennung zwischen "Gott" und "Welt", "Gut" und "Böse", weil damit der "Anti-Held" als Menschheitsideal vorgegeben sei. Hiergegen beanspruchen die "neurechten" Ideologen in neuer Terminologie den europäischen "Übermenschen", der sich seine Maßstäbe selber setzt.
Das Zauberwort heißt "Pantheismus", die All-Beseeltheit der Welt mit dem Göttlichen. Dieser Pantheismus ist die idiologische Grundlage für eine faschistische Aristokratie, die (Führer-) Persönlichkeiten, die die "germanische Unbedingtheit der Bejahung jeglichen Schicksals" (Hunke) verfechten - jenseits von "Gut" und "Böse".
Die Verehrung Gottes als "Vater" aller Menschen, das die Gleichheit der Menschen vor Gott einschließt, steht dem völkisch-biologistischen Menschenbild der faschistischen Ideologie im Wege. Der aus jüdischem und christlichem Gleichheitsgrundsatz abgeleitete Humanismus wird als "totalitär" denunziert, weil er dem hierarchischen Gesellschaftsmodell der "Neuen Rechten" quersteht.
Liberale oder gar sozialistische Gesellschaftskonzepte, die vom jüdisch-christlichen Gleichheitspostulat abgeleitet werden, stehen im Zentrum des "neurechten" Angriffs gegen das "Judäo-Christentum", weil hier die Gleichheit der Menschen vor Gott zur politischen sozialen Gleichheitsforderung weiterentwickelt worden ist. Das Judäo-Christentum wird als ideologische Quelle des Gleichheitsgedankens bekämpft. Die Trennlinie zwischen "Freund" und "Feind", zwischen "Eigenem" und "Fremden" wird aus der Biologie in den Bereich der Weltanschauung verlegt. Der "Vererbungsrassismus" der Nazis wird mit einem "Gesinnungsrassismus" variiert, der, wie alles, was die angeblich "neue" Rechte zu bieten hat, so neu nicht ist. Der völkische Ideologe Paul de Lagarde (1827 - 1891) brachte diese Form des Rassismus schon vor der Jahrhundertwende auf eine knappe Formel: "Das Deutschtum liegt nicht im Geblüte, sondern im Gemüte".

**Margret Feit hat das Buch "Die Neue Rechte in der Bundesrepublik" (Campus-Verlag) geschrieben.*

Rolf Wernstedt

Niedersachsens prominentester Fall von Rechtsextremismus

Mit dem Einzug der "Republikaner" in das EG-Parlament und angesichts der Wahlerfolge von DVU und NPD bei den Kommunalwahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland stellt sich die Frage nach dem Umgang mit den VertreterInnen neofaschistischer Positionen. Durch die Option des CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann für Bündnisse mit den "Republikanern" - spätestens nach den Kommunalwahlen - drängen sich Parallelen zur niedersächsischen Nachkriegsgeschichte auf. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Rolf Wernstedt, weist am Beispiel des "Falles Leonhard Schlüter" auf die Kontinuität nationalistischen und antidemokratischen Denkens in Niedersachsen hin.

Auf dem Territorium der Bundesrepublik wirkten nach 1945 und spätestens nach dem sogenannten 131er-Gesetz im Jahre 1951 (das den vielen kleinen und mittleren Nazis für die Zukunft Unbescholtenheit auch für die Ausübung öffentlicher Ämter attestierte) mehr nationalistisch denkende Menschen als vor 1945. Denn viele kleine und mittlere Nazis aus den Ostgebieten und der Sowjetzone waren in die Westzonen gegangen. In den Gerichten, den Verwaltungsbehörden, Universitäten und Schulen war das persönliche Interesse am Vergessen größer als die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Wem sollte sie schließlich nutzen? (Die Engländer hatten schließlich in ihrer Zone den Geschichtsunterricht bis zum Jahre 1949 verboten, weil sie Angst hatten, daß die alten Nazis den Kindern nicht die richtige Aufklärung angedeihen lassen konnten).
So ist es rückschauend nicht schwer erklärlich, daß es unter den sich demokratisch bemühenden großen Parteien und ihren Proklamationen ein schweigendes Milieu der Mittäter und Mitwissenden gab. Die Folgen für die Geschichte der Bundesrepublik sind bekannt. Unter der Dunstglocke des Antikommunismus als unerklärter Staatsideologie war das Interesse am Antifaschismus erstickt und geriet selbst unter Kommunismusverdacht. Der Anti-Nazismus der westlichen Demokratie blamierte sich, weil er vom Interesse am Antikommunismus überlagert war.

Die Landesregierung verteidigt Schlüter

Der Kultusminister zu den Angriffen / Neue Proteste

ttingen, 30. Mai. Die Auseinander- m den neuen niedersächsischen er Schlüter haben auch über die ... In einer Erklä- ...

der Gemeinschaftsfraktion Gesamtdeutscher Block/Deutsche Reichspartei anschlossen, ließ erklären, daß sie lediglich aus grundsätzlichen Erwägungen nicht für den Antrag gestimmt habe, weil er die kommunalen Befugnisse übersch... ...

Lehrer zur Zusammenarbeit mit Schlüter bereit

nld Hannover, 27. Mai.

Der Verband der Mittel- und Realschullehrer sowie der Philologenverband in Niedersachsen haben den niedersächsischen Kultusminister Leonhard Schlüter in Telegrammen zu seiner Berufung beglückwünscht. Beide Verbände haben dabei besonders ihre Bereitschaft zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit betont.

Braunschweiger Rektor erklärt sich solidarisch

nld Braunschweig, 27. Mai.

...schule Hannover ...gen nicht solidarisch

zu unternehmen. Als Begründung hierfür wird angegeben, daß der TH nicht genügend

Diese Konstellation verschaffte auch in Niedersachsen den alten Nazis und den dumpfen Ressentiments gegen die organisierte Arbeiterbewegung weiterhin einen gesellschaftsfähigen Nährboden. Die rechtsradikalen Parteien Sozialistische Reichspartei, Deutsche Reichspartei und NPD haben es in Niedersachsen zu Landtagsabgeordneten gebracht.
Der Prominenteste von ihnen war der 1951 über die Liste der Deutschen Reichspartei gewählte und im Dezember 1951 in die FDP eingetretene Göttinger Abgeordnete Leonhard Schlüter. Nach der Landtagswahl im April 1955 hatten sich die bürgerlichen Parteien darauf verständigt, den FDP-Fraktionsvorsitzenden Schlüter zum Kultusminister zu machen. Trotz Warnungen - vor allem aus politischen und Universitäts-Kreisen - hatte sich der Ministerpräsident Hellwege von der Deutschen Partei nicht in der Lage gesehen, auf Schlüter zu verzichten.

Dieser Göttinger Verleger neonazistischer Schriften, Bewunderer des Volk-ohne-Raum-Schriftstellers Hans Grimm und wegen des Vorwurfs des Amtsmißbrauchs übelbeleumdete Mann löste einen bis dahin beispiellosen Protest im In- und Ausland aus. Rektor und Senat der Universität Göttingen hatten mit der Niederlegung ihrer akademischen Ehrenämter den Anstoß zu einer weltweiten Anti-Schlüter-Kampagne gegeben. Schlüter mußte schließlich - nachdem die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag am 4. Juni 1955 einen Entlassungsantrag gestellt hatte - am 9. Juni 1955 zurücktreten.


TAGEBLATT

Sonnabend/Sonntag, den 28./29. Mai 1955

Fall Schlüter

Von unserem Hannoversch...

...sehr ich entschlossen bin, die akademi- Freiheit zu achten, sosehr muß ich das ...hen des Rektors und des Senats der Uni- ...at Göttingen bedauern", heißt der letzte

...genheit" daß wed noch die linksradik...

...ert Göttinger Universität

...ultusminister Schlüter fand nicht statt

...sterpräsidenten

erregt Niedersachsen

...en Korrespondenten Lothar K. Wiedemann

...kam? Schließlich steht einwandfrei fest, ...er die zurückgetretenen Professoren ...3000 demonstrierenden Studenten etwa ...die politische Gegner der Partei Leo-

FDP verfuhr damals im Wahlkampf glimpflich mit ihrem heutigen Fraktion... sitzenden und Kultusminister. „Wer ist S... ter", hieß es damals auf Wahlflugzetteln.

...oren 27. Mai. ...agnach- ...tellung Schlü- Pro-

Die FDP erklärt:

„Bewußte Hetze persönlich interessierter Kreise"

nld Hannover, 27. Mai.

Der Landesvorsitzende der ... kratischen Partei ...

An diesem Fall sind auch heute noch Methode und Wertung interessant. Die bürgerlichen Parteien und Schlüter selbst hatten immer wieder darauf verwiesen,

daß es keine harten Fakten oder gerichtsverwertbare Beschuldigungen gegen Schlüter gebe. Demgegenüber hatten die Göttinger Universität im Verein mit dem DGB, der SPD und anderen liberalen und demokratischen Persönlichkeiten darauf hingewiesen, daß aus dem politischen Vorwissen und der Gesamtpersönlichkeit Schlüters es unmöglich sei, diesen neonazistisch denkenden Menschen in ein so bedeutendes Amt wie das des Kultusministers zu bringen.

»Man spricht von einer nationalen Erhebung, die 1933 das schlafende Deutschland aus den Angeln hob. So war es bei Gott, und es wird nicht mehr lange dauern, und ein neues 1933 wird über uns hereinbrechen. Ich will es jedenfalls hoffen.«

L. Schlüter zum Wahlerfog (64,25%) der DReP bei den Wolfsburger Kommunalwahlen 1948.

Der Philosoph Helmuth Plessner meinte dazu: "Die Universtiäten haben gelernt, daß man sich bei der Beurteilung der Handlungen öffentlicher Autoritäten nicht von dem bloßen Faktum der Legalität offizieller Verfahren leiten lassen darf. Legalität nämlich war ein Charakteristikum der Verfahren, durch die Hitler an die Macht kam und die nazi-inspirierten Schritte unternommen werden konnten, die bleibende Schande über die deutschen Universtitäten bringen sollte".

Die Auseinandersetzung mit dem heutigen Rechtsextremismus verläuft noch genau an derselben Scheidelinie. Während die FAP, die Kühnen-Truppe und andere kleine Gruppierungen ziemlich eindeutig als neonazistisch zu identifizieren sind (und verboten gehören), bemühen sich die Republikaner und die DVU darum, einen noch-demokratischen Eindruck zu erwecken. Ihre Wahlkampfslogans, ihr Programm und ihre offizielle Rhetorik sind offenbar juristisch abgeklopft auf verbotsträchtige Sentenzen. Das rechtsradikale Ressentiment bleibt dasselbe: das Aufputschen deutsch-nationaler Gefühle ist nur deswegen möglich, weil es ausländerfeindlich und antidemokratisch aufgeladen ist.

Und diese trübe Zone wird nicht nur durch die Schönhubers und Freys, sondern auch durch die Zimmermanns und Lummers repräsentiert.

Leonhard Schlüter

Leonard Schlüter wird 1921 als Sohn einer Jüdin geboren. Um diesen »Makel« auszugleichen meldet er sich 1939 nach bestandenem Abitur freiwillig zum RAD bzw. zum Wehrdienst. Nach einer Verwundung wird er 1941 entlassen und beginnt ein Studium der Rechtswissenschaft. Als Halbjude wird er nicht zum Staatsexamen zugelassen. Seine Promotion scheitert an einer nicht bestandenen mündlichen Prüfung.

Nach 1945 wird er zum Leiter der Kriminalpolizei Göttingen im Range eines Kriminalinspektors ernannt. 1947 muß er den Polizeidienst quitieren. Ihm werden unter anderem Aussageerpressung, Verfolgung Unschuldiger, Urkundenunterdrückung und anderes vorgeworfen; doch die Ermittlungen werden auf Weisung der Militärregierung eingestellt.

Schlüter wird im Juni 1948 als Field-Inspector in den Dienst des englischen Public-Opinion-Research-Office, einer Art »Verfassungsschutz« übernommen. In dieser Funktion lernt er den Göttinger Kreisvorsitzenden der Deutschen Rechtspartei (DReP) Adolf von Thadden kennen, mit dem er im gleichen Jahr die DReP in Wolfsburg aufbaut. Als Landesvorsitzender (1948/49) und Spitzenkandidat der DReP zieht er in den Rat der Stadt Göttingen ein.

Von der britischen Besatzungsmacht wird er 1949 vorübergehend mit einem politischen Betätigungsverbot belegt. Nach der Bundestagswahl 1949 tritt er aus der DReP aus. Im Januar 1951 wird Schlüter zum Vorsitzenden der »Nationalen Rechten« in Niedersachsen gewählt und geht zur Landtagswahl im gleichen Jahr ein Bündnis mit der Deutschen Reichspartei (DRP) ein. Leonhard Schlüter wird als Abgeordneter der DRP in den Niedersächsischen Landtag gewählt. Im Dezember 1951 tritt er in die damals braun durchsetzte FDP ein. *(Die Redaktion)*

Betr. DVU Kundgebung in Hannover

Hannover, den 13. Juni 1989. Viele Gewerkschafter trauten ihren Augen nicht: Die Innenstadt glich einer Polizeifestung. Über ihren Köpfen kreiste ein Hubschrauber.

Die TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Kundgebung - zu der auch der DGB-Kreisvorstand aufgerufen hatte - marschierten vom Opernplatz zum Klagesmarkt. Bereits auf dem Weg dorthin wurden sie von Neofaschisten mit Steinen und Knallkörpern beworfen.

Auf dem Klagesmarkt - gegenüber dem DGB-Haus - fand die Europawahl-Kundgebung der DVU statt. 15 DVU-Gefolgsleute wurden von 2000 Polizisten "beschützt", damit diese Neonazis auf dem traditionsreichen Kundgebungsplatz der hannoverschen Arbeiterbewegung ihre antidemokratischen Haßtiraden abziehen und GewerkschafterInnen/AntifaschistInnen ungehindert provozieren konnten.

Statt die faschistische Veranstaltung zu verbieten, kam es auf dem Platz zu Auseinandersetzungen, zu Festnahmen und Verletzten. Ältere Bürger wurden von der Polizei wahllos niedergeknüppelt.

Bei den TeilnehmerInnen der antifaschistischen Gegendemonstation wuchsen Empörung und Entsetzen. Faschisten wurden von der Polizei beschützt - Demokraten verprügelt und festgenommen.

Sicherlich kann der einzelne Polizist dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Verantwortlich dafür sind die Rathausparteien und der Polizeipräsident.

Aus dieser Überlegung heraus haben 130 GewerkschafterInnen den Skandal zum Anlaß genommen, einen "Offenen Brief" an die Rathausparteien und an den Polizeipräsidenten zu schreiben. Sie verurteilen darin den Polizeieinsatz, fordern, daß neofaschistische Parteien "hier nicht mehr auftreten können" und den Rücktritt des Polizeipräsidenten:

Offener Brief
An die Rathausparteien und den Polizeipräsidenten

Hannoversche GewerkschafterInnen und Betriebsräte (innen) verurteilen mit Wut, Betroffenheit und Schrecken den Polizeieinsatz auf dem Klagesmarkt am 13.6.1989 zum Schutz der Veranstaltung der faschistischen DVU. Es ist ein Skandal für unsere Stadt, daß es politisch geduldet wird und möglich ist, daß eine Handvoll Neofaschisten ihre Hetztiraden stundenlang loslassen kann und antifaschistische Gegendemonstranten provoziert, verletzt und verhaftet werden.

Es ist unerträglich, eine Veranstaltung der Faschisten in Kenntnis der Geschichte gegenüber dem Gewerkschaftshaus stattfinden zu lassen. Nicht zu fassen ist das Wahnsinnsaufgebot der Polizei. Wer zahlt deren Spesen und Kosten, etwa Dr. Frey und die DVU?

Unabhängig von der Position des Einzelnen, ob Veranstaltungen der DVU und anderer Neofaschisten grundsätzlich zu verbieten sind, hätte unseres Erachtens spätestens nach einer Viertelstunde seitens der Polizei dem Spuk ein Ende gemacht werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt gab es Auseinandersetzungen, die bei anderen Veranstaltungen, vor allem linker Organisationen „sofort zur Auflösung der Veranstaltung führen. Wo bleibt die Verhältnismäßigkeit und das Übermaßgebot, wenn 15 DVU-Gefolgsleute von 2000 Polizisten stundenlang geschützt werden?

So, Rathausparteien und vor allem SPD und GABL stellen wir uns rot-grün nicht vor, daß Faschisten das Ansehen unserer Stadt schädigen. Es ist eine Arroganz, wenn zum Zeitpunkt der Kundgebung auf dem Klagesmarkt Fraktionssitzungen hinter verschlossenen Türen wichtiger sind.

Wir fordern:

- daß alle politisch verantwortlichen Parteien von Hannover diesen Polizeieinsatz verurteilen,
- daß die neofaschistischen Parteien jeglicher Schattierung hier nicht mehr auftreten können,
- schließlich: Herr Polizeipräsident Dommaschk, treten Sie zurück!



Gehört die Zukunft der Vergangenheit

Schlesier-Treffen in Hannover

Gehört die Zukunft der Vergangenheit? Wer sich auf dem 24. Schlesiertreffen Anfang Juli auf dem Messegelände in Hannover umgesehen hat, kann diese Frage nicht mit der ihm liebgewordenen Selbstverständlichkeit verneinen. Neu waren nicht die Sprüche von Herbert Hupka, Vorsitzender der Landsmannschaft,die auf eine Revision der polnischen Westgrenzen abzielen. Neu war die aus der Krise Osteuropas und dem Aufkommen der Rechten in der Bundesrepublik gespeiste Zuversicht der Revanchisten.

"Ich hoffe nicht nur, ich bin mir sicher, daß unsere Sache in Osteuropa Erfolg haben wird", frohlockte Otto von Habsburg auf der Talkshow der schlesischen Jugend "Schlesien live". Der sowjetische Machtbereich zerfalle. "Da müßten wir schon fest Arme und Hände verschränken, um von dieser Lage nicht zu profitieren", fügte der Wortführer der "paneuropäischen Bewegung" und Europa-Abgeordnete hinzu. Leider versäumte es der Talkshow-Moderator "seine kaiserliche Hoheit" zu fragen, welche Vorstellungen er denn mit seiner Sache verbinde.

Dafür wurde Habsburgs-Parteivorsitzender präziser. "Glasnost mag ja ein russisches Wort sein", zitierte CSU-Chef Theo Waigel auf der Deutschlandkundgebung der Schlesier vor etwa 8.000 Zuhörern US-Präsident Bush, "aber Offenheit ist ein westliches Konzept". Die Werte des Westens, Demokratie, Pluralismus, Marktwirtschaft seien in den Ländern gefragt, Mittel- und Osteuropas Marxismus-Leninismus dagegen gescheitert. Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl würden auf Dauer den Kampf gegen die Freiheit verlieren, versprach Waigel: "Wir müssen daher alle noch so kleinen Möglichkeiten wahrnehmen, die zu seiner Auflockerung des sowjetischen Machtbereiches und zu mehr Freiheit der Menschen führen können". Der CSU-Chef, als Finanzminister Repräsentant jener Bundesregierung, der US-Präsident Bush einen Monat zuvor "das Recht auf Partnerschaft in der Führung" bescheinigt hatte, fügte diesem westlichen Konzept spezifisch deutsche Überlegungen an.

Die Überwindung der Teilung Deutschlands "darf nicht von der Zustimmung unserer Nachbarn abhängig gemacht werden", trumpfte der Bundesminister auf. Und zu dieser nationalen Frage gehören "die Gebiete jenseits von Oder und Neiße dazu". Zwar erteilte der Strauß-Nachfolger jenen Überlegungen der Rechtsradikalen eine Absage, die die nationale Selbstbehauptung im Widerspruch zur europäischen Einigung stellten. An der Westbindung werde er nicht rütteln lassen. Aber der Repräsentant der ökonomischen Führungsmacht der Europäischen Gemeinschaft fügte mit gewachsenem Selbstbewußtsein hinzu: Europa brauche ein "verantwortungsbewußtes und verständliches Nationalbewußtsein der Deutschen ebenso, wie das der Franzosen und Italiener". Waigel: "Daran halten wir fest, daß ein ganzes, wiedervereinigtes Deutschland seine Chance in Europa hat".

Für Waigel war der Auftritt vor den Schlesiern eine Bewährungsprobe. Zwei Wochen nach dem Debakel der Europa-Wahl, das die Republikaner der CSU verschafft hatten, mußte sich Waigel vor einem Publikum behaupten, daß in den vergangenen Jahren durch Strauß-Analysen nach seinem Gusto verwöhnt worden war. Es gelang ihm. Mußte sich

Strauß vor zwei Jahren noch Zwischenrufer von der rechten Konkurrenz erwehren, so lockte Waigel nur Beifallsstürme hervor. "Das ist ein starker Mann", erkannte ein Altvertriebener mit leuchtenden Augen beim Abmarsch aus der Halle.

Auf dem deutschlandpolitischen Jugendkongreß des Schlesiertreffens meldeten sich die Republikaner dagegen selbst zu Wort. Sie stießen dort mit ihren Überlegungen zumindest auf offene Ohren, wenn nicht sogar auf Einverständnis beim Hauptredner dieser Veranstaltung, dem niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann. Der Ex-Innenminister ("Ich komme von rechts und bleibe rechts") hatte zunächst das "historische Verdienst der Vertriebenenverbände" gewürdigt, gegen den Strom der Zeit schwimmend "das Nationalbewußtsein wachgehalten" zu haben.

Jetzt dagegen, freute sich Hasselmann, erlebten wir eine "Zeit der Hoffnung". Über die Mauer und Wiedervereinigung werde wieder gesprochen. In Osteuropa vollzögen sich Veränderungen, die geeignet seien, die "Lösung der Zukunftsfrage der Deutschen zu erleichtern". Bei so günstigen Aussichten, wollte Hasselmann seinen gut 300 Zuhörern, deren Jugend zum großen Teil schon lange hinter ihnen lag, auch unbequeme Fragen nicht ersparen. Hasselmann: "Die schlesische Jugend wird sich in absehbarer Zeit die Frage zu stellen haben, ob sie den in Breslau oder Neiße geborenen Polen nicht als Landsmann ansprechen kann". Denn: "Ein Deutschland der früheren Art und der früheren Grenzen wird es ohne Minderheitenschutz nicht geben". Murren und gedämpfte Rufe sind die Antwort: "Ich kann doch Schufte nicht Landsleute nennen".

In der folgenden Diskussionsrunde überwiegt das Harmoniebedürfnis Hasselmanns. Da spricht ein Weißhaariger von der Vertreibung als dem "größten Verbrechen der Weltgeschichte" und von den Polen, denen es "unter fremder Herrschaft" immer am besten gegangen sei. Für Hasselmann ist das kein Anlaß zur Korrektur. Ein anderer tischt die Geschichte von dem polnischen Nationalisten auf, die angeblich den Zweiten Weltkrieg angezettelt hätten. Hasselmann: "Das ist doch alles bekannt. Doch hilft es uns weiter"?

Und als der CDU-Politiker von rechtsaußen darüber belehrt wird, daß das Deutschland in den Grenzen von 1937, ein Ergebnis des Diktats von Versailles nach dem ersten Weltkrieg sei und deshalb nicht Ausgangspunkt der Überlegungen sein dürfe, rafft sich Hasselmann nur unter größter Mühe zur Distanzierung auf. "Ich habe Zweifel, ob wir darüber reden sollten", befindet er zur Forderung, Deutschland in den Grenzen von 1939 unter Einschluß der Sudetengebiete und Österreichs wiederherzustellen. "Ganz vorsichtig, ganz vorsichtig" nur könne man die Frage behandeln, die Hans-Joachim Bumbach, aus dem Kreisvorstand der hannoverschen Republikaner mit einem Bündnisangebot für die Zeit nach der Landtagswahl 1990 aufgeworfen hatte.

Als Knackpunkt eines Bündnisses mit Rechtsaußen verweist auch Hasselmann auf die Frage der Westbindung und der europäischen Integration. Er lasse sich nicht auf das Abstellgleis eines deutschen Sonderweges zwischen den Blöcken locken, erklärt er dem Nachwuchs-Politiker der Republikaner.

Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob Unionspolitiker wie Waigel und Hasselmann auf solchen Treffen ihren nach rechts entschwundenen Wählern nachlaufen, oder vielmehr solche Gelegenheiten als Vorwand schätzen, ihre eigenen rechten Zukunftsentwürfe ohne Wenn und Aber der Öffentlichkeit präsentieren.

Gewiß finden sie bei den 150.000 Teilnehmern des Schlesiertreffens damit nur begrenzten Anklang. Hier treffen sich auch Leute, die um gute Nachbarschaft mit Polen bemüht sind, ihre Erinnerungen pflegen und von einer neuen Eroberung des Ostens nichts halten. Doch sie bleiben vereinzelt. Die Masse ist für die Botschaft empfänglich. Die Rentnerin Martha Mocha, die erst vor wenigen Monaten Oberschlesien verlassen hat, zur Frage ob das Land wieder einmal zu Deutschland gehören solle: "Geb's Gott. Vielleicht geben die Polen auch langsam nach. Weil sie ja keinen Ausweg haben". *-ter*

Moritz von Craun über Jürgen Dorka (CDU} :

Subventionsschwindel im Harz

Bad Harzburg hat zwei überregional bekannte "Attraktionen": ein skandalumwittertes Spielcasino und das hoch oben auf dem Berge gelegene Kreuz des Deutschen Osten. Bad Harzburg hat auch einen Landtagsabgeordneten: Jürgen Dorka (CDU). Und dem ist insbesondere die letzte Sehenswürdigkeit ein echtes Herzensanliegen. Darum ist er auch an führender Stelle in der örtlichen - von CDU und BdV gestützten - "Arbeitsgemeinschaft Tag der Deutschen Einheit" aktiv, die jedes Jahr am 17. Juni unter dem Kreuz Kundgebungen veranstaltet.

Doch auch in anderer Hinsicht ist Bad Harzburg einmalig. Es ist die einzige Stadt Niedersachsens, in der an diesem Tage zwei Kundgebungen stattfinden. Seit 1988 organisiert der örtliche Arbeitskreis Frieden im Park des Bündheimer Schlosses eine alternative Kundgebung - in diesem Jahr mit Freimut Duve (SPD-MdB).

Das läßt Jürgen Dorka keine Ruhe. Ihn stört insbesondere, daß der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten die Parkveranstaltung bezuschußt. Ginge es nach ihm, so dürften nur die Auftritte von Rednern wie Heinrich Lummer oder des geschaßten Bundestagspräsidenten und Bilderstürmers Philipp Jenninger mit Staatsknete unterstützt werden.

So wurde der Hinterbänkler Dorka, der sonst nur durch Hetze gegen Schwule und Ausländer auffiel, aktiv. Gegenüber dem Kuratorium "Unteilbares Deutsch-

land" wie beim Ministerpräsidenten machte er sich dafür stark, den Zuschuß für den Arbeitskreis Frieden zu streichen. Es ginge nicht an, daß " der Staat ausgerechnet am Tag der Deutschen Einheit eine Gruppe unterstützt, die sich gegen die Einheit Deutschlands und Europas ausspricht", ließ er in der GOSLARSCHEN ZEITUNG (GZ) vom 1. Juni verkünden.

Schlimmer noch, diese "verfassungsfeindlichen Ziele" würden "in trauter Gemeinsamkeit mit Linksextremisten wie DKP, Junge Pioniere, VVN-BdA... "gefeiert" werden." (GZ 1.6.89) Dafür sind Jürgen Dorka 925 Mark schlicht zu viel.

Dabei kann Dorka in seiner Arbeitsgemeinschaft selbst den Hals nicht voll kriegen. Vor zwei Jahren hatten für die Feierlichkeiten mit Lummer unter dem Kreuz des Deutschen Ostens 2500 Mark zur Verfügung gestanden. Viel zu viel, denn für die "fast revanchistischen Äußerungen" (so die damals in der Arbeitsgemeinschaft noch vertretene FDP laut GZ vom 7.11.87) wurde zu wenig ausgegeben. Schon diese Kosten seien, mit Blick auf den Zuschuß, so die FDP, damals hochgejubelt worden.

Unter Federführung von Dorka ging die Arbeitsgemeinschaft damals daran, Belege für die nicht verbrauchten Gelder zu konstruieren. Das Protokoll der damaligen Sitzung wörtlich: "Es soll versucht werden, entsprechende Kosten nachzuweisen, damit auch in Zukunft der gleiche Zuschuß erhalten bleibt. Herr Dorka schlägt in diesem Zusammenhang den Druck von Briefbögen und die Erstellung eines Rahmenplakates vor. Dem Vorschlag wird zugestimmt. Herr Dorka übernimmt die Durchführung." (GZ vom 7.11.87)

Dieser versuchte Subventionsschwindel flog durch den Austritt der FDP aus der Arbeitsgemeinschaft auf. Aufgrund einer parlamentarischen Anfrage des Grünen-Abgeordneten Trittin forderte das Bundesratsministerium die zuviel gezahlten Gelder von der Dorka-Truppe zurück. Statt der "nachgewiesenen" 3600 Mark waren nur 2000 Mark anerkannt worden.

Der versuchte Subventionsschwindel war der Anlaß für den Arbeitskreis Frieden, den seit Jahren stattfindenden Revanchisten-Treffen unter dem Kreuz in Gestalt des Friedensfestes mit Kundgebung im Schloßpark etwas entgegenzusetzen und dafür auch Zuschüsse zu beantragen.

Dorka will sich zu dieser, seiner ureigenen Mit-Vaterschaft nicht bekennen, und wettert jetzt darüber, daß andere für sein Kind die Alimente zahlen.